Nummer 10 Pfg.

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Breite Straße 9, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis pro Woche 25 Pfg. Monat 1.05 Mk. für 3 Monat 3.10 Mk. Durch die Post bezogen 3.10 Mk. frei ins Haus 3.52 Mk., wo keine Post am Orte 3.94 Mk.

Telephon Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung".

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Nummer 10 Pfg.

Anzeigenpreis beträgt für die einspalt. Kolonelzeile od. deren Raum für Breslau u. Schlesien 35 Pfg. Außerhalb 45 Pfg. Doppelzeile unter Text 1.20 Mk. Inf. für Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Versamml.-Anzeigen 30 Pfg. Familien-Nachrichten 25 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 296. Breslau, Mittwoch, den 19. Dezember 1917. 28. Jahrgang.

Reichstag und Frieden.

Besprechung mit Fraktionsführern.

Der Wunsch, den Reichstag, also die Vertretung des Volkes bei den Fragen des Friedensschlusses nicht zu übergehen, soll teilweise erfüllt werden. Augenblicklich befinden sich zwar der Kanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen im Großen Hauptquartier, um dort dieselbe Frage zu erörtern. Aber schon morgen Donnerstag sollen interfraktionelle Besprechungen der Mehrheitsparteien stattfinden. Zu der bereits gemeldeten Konferenz der Fraktionsführer des Reichstages, die für Donnerstag 3 Uhr beim Reichskanzler einberufen ist, haben abweichend von der bisherigen Gepflogenheit auch die unabhängigen Sozialdemokraten Einladungen erhalten. Als deren Vertreter wird beim Reichskanzler Abgeordneter Haase erscheinen; für die sozialdemokratische Fraktion werden erscheinen Ebert und Scheidemann, sofern Scheidemann bis dahin von seiner Mission aus Stockholm zurück ist; für die Volkspartei Fischbeck; für die Nationalliberalen Dr. Stresemann; für das Zentrum Trimborn und Erzberger; für die Deutsche Fraktion Freiherr von Gamp; für die Polen Seyda; für die Konservativen Graf Westarp; schließlich werden auch der Präsident des Reichstages Dr. Kaempf und der Vorsitzende des Hauptausschusses Abgeordneter Fehrenbach an der Aussprache teilnehmen, vielleicht auch Dr. Südekum oder an Stelle Scheidemanns Dr. David.

Der Reichskanzler und der Staatssekretär wollen den Parteiführern die Grundlagen mitteilen, nach denen die Friedensverhandlung geführt werden soll. Dann wird auch der Termin für die Einberufung des Hauptausschusses festgesetzt werden, dem die Ergebnisse der Friedensberatung vorgelegt werden sollen. Die Fraktionsführer werden in dieser Angelegenheit eine Regelung erwirken, die es dem Hauptausschuß möglich macht, rechtzeitig zu den in Brest-Litowsk zur Erörterung gelangenden Fragen Stellung zu nehmen. Bald nach dieser Konferenz dürfte Herr v. Kühlmann sich nach Brest-Litowsk begeben, wobei er vom Chef der Reichskanzlei, v. Radowitz, und vom Direktor der handelspolitischen Abteilung, Johannes, begleitet sein wird. Graf Czernin, der Auswärtige Minister von Oesterreich, ist bereits mit seinem Stabe dorthin unterwegs, ebenso die bulgarischen und die türkischen Friedensunterhändler.

Von polnischer Seite ist man an die Regierungen von Berlin und Wien mit dem Ersuchen herangetreten, auch die Vertreter des polnischen Volkes an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu lassen. Eine Entscheidung über dieses Ersuchen ist bisher nicht erfolgt.

Der „Tag" hat die Stimmungen der Fraktionsführer schon im voraus erforscht und daraus folgende Schlüsse gezogen: Soweit man die Anschauungen der Parteiführer kennt, wird Herrn von Kühlmann von parlamentarischer Seite aus die Gewißheit mitgegeben werden, daß die Mehrheitsparteien, abgesehen von militärisch notwendigen Grenzregulierungen, sich auf den Boden des demokratischen Friedens stellen, das heißt, daß sie es der Bevölkerung der von uns eroberten und besetzt gehaltenen Gebiete des russischen Reiches überlassen sehen möchten, über ihr künftiges staatliches Schicksal durch Volksabstimmung selbst zu entscheiden. Es ist auch kein Geheimnis, daß die Mehrheitsparteien den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes auch auf Polen angewendet wissen möchten, selbst auf die Gefahr hin, daß die Mehrheit der Polen sich für den erneuten Anschluß an Rußland entscheiden werde. Da wir keine politische Machterweiterung im Osten anstreben, es vielmehr fast ausschließlich auf gute wirtschaftliche und handelspolitische Beziehungen mit dem neuen Rußland absehen, so würden wir, meint man in Reichstagskreisen, keinen Nachteil dadurch erleiden, wenn Polen politisch dem östlichen Nachbar wieder angegliedert würde, während es als selbständiges Reich oder als ein mit Oesterreich-Ungarn verbündeter Staat ebenfalls als ein slawischer Widersacher des Deutschtums zu fürchten bliebe.

Diese Grundsätze dünken uns überaus vernünftig. Sie decken sich mit dem, was die Sozialdemokraten seit langem als gute Grundlage für eine Verständigung ansehen: keine Vergewaltigung, sondern Aussöhnung für die Zukunft. Wenn die Mehrheitsparteien sich jetzt allgemein auf diesen Standpunkt stellen und wenn der von ihnen so geschmähte Reichskanzler Hertling zur Unterstützung dieser Tendenz auch den Vertreter der Unabhängigen heranzieht, so wird das seine gute Wirkung nicht nur im russischen Volke, sondern auch bei den Völkern des Westens äußern. Mancher alldeutsche Traum wird allerdings dabei zerrinnen — zu unserm Heil!

* * *

Die erste Wirkung wird sich in Italien zeigen. Ein stark von der Zensur zusammengestrichener Artikel des „Avanti" stellt fest, daß der Geheimsitzung der italienischen Kammer die höchste Wichtigkeit für die zukünftige Politik Italiens beizumessen ist.

„Popolo d'Italia" beklagt die zunehmende Verringerung der Kriegsfreudigkeit im Heere und beschuldigt die Feldkapläne und Ordensleute beiderlei Geschlechts, daß sie in die Soldatenherzen Kleinmütigkeit pflanzen. Selbst „Stampa" schreibt, der einzig gangbare Weg sei die Schließung eines Verständigungsfriedens.

Hoffentlich folgt also die Südfront der Ostfront nach — und dann die anderen.

Nach der „Humanite" wollen die französischen Sozialisten die deutsch-russischen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zum Gegenstand einer baldigen Interpellation in der Kammer machen, um Clemenceau Gelegenheit zu geben, die Stellungnahme seiner Regierung zu den Fragen des Krieges und Sieges unter den jetzt veränderten Umständen darzulegen.

* * *

Der Kaiser an den Zaren.

„Ehe Du Deine endgültige Entscheidung für den Frieden oder für die Fortsetzung des Krieges trifft — die letztere würde von weitreichenden Folgen sein, die in ihrem Endergebnis schwer vorauszusehen sind und unzählige Menschenleben, Blut und Geld kosten — wäre es, wie mir scheint, ein ausgezeichnetes Verfahren, wenn Du diese Frage erst der Großen Duma vorlegen würdest. Da diese das russische Volk vertritt, wäre ihre Antwort die Stimme Rußlands. Wenn sie sich für den Frieden entscheidet, so bist Du durch das Volk ermächtigt, auf Grund der Deinen Delegierten in Washington unterbreiteten Vorschläge, Frieden zu schließen.

Niemand in Deiner Armee, in Deinem Lande oder der übrigen Welt hätte ein Recht, Dich für diese Handlung zu tadeln .... Ich würde an Deiner Stelle nicht diese erste und günstige Gelegenheit vorübergehen lassen, mit dem Empfinden und Wollen Deines Landes in Bezug auf Krieg und Frieden enge Fühlung zu gewinnen, indem Du dem russischen Volke die langgewünschte Möglichkeit gibst, die Entscheidung über seine Zukunft selbst zu treffen oder an dieser Entscheidung teilzunehmen, wozu es ein positives Recht hat ....

Die Entscheidungen, die zu treffen sind, sind in ihren Folgen so furchtbar ernst und so weitreichend, daß es ganz unmöglich für irgend einen sterblichen Herrscher ist, die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen, ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes!"

So hieß es in der Depesche Wilhelms II. vom 20. August 1905 an den russischen Zaren, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" jüngst im September veröffentlicht hat. Nach der deutschen Reichsverfassung ist der Friedensschluß Sache des Kaisers. Trotzdem unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß Wilhelm II. gemäß der Einsicht, die er bereits im Jahre 1905 besaß, keinen Frieden schließen oder verwerfen wird, ohne sich der Zustimmung des Volkes zu seiner Entscheidung zu vergewissern.

* * *

Die Unterhändler zum Frieden.

Scheidemann in Stockholm.

Berlin 18. Dezember. Die „Times" meldet aus Stockholm: Scheidemanns Besuch in Stockholm ist nur eine Krönung der Maßnahmen die getroffen werden, um eine direkte Verbindung via Stockholm zwischen den Bolschewiki und den deutschen Mehrheitssozialisten zustande zu bringen. In seiner Wohnung unterhandelte Scheidemann mit dem Abgeordneten der Bolschewiki, Oelowski.

Die türkischen Bevollmächtigten.

Berlin, 18. Dezember. Der türkische Minister des Aeußeren Nesimy Bei, und der Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußeren Hilmet Bei, sind heute auf der Durchreise zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk in Berlin eingetroffen.

Der Eindruck in der Türkei.

Konstantinopel, 17. Dezember. Die amtliche Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstandes mit Rußland hat namentlich im Zusammenhang mit der daraus folgenden Freiheit der Handelsschiffahrt im Schwarzen Meer sensationell gewirkt. Das Volk reißt sich die Zeitungen aus den Händen. Ueberall gibt man der lebhaften Freude über das Ereignis Ausdruck.

Zustimmung der bulgarischen Volksvertretung.

Sofia, 18. Dezember. Ministerpräsident Radoslawow gab heute in der Sobranje unter allgemeiner Aufmerksamkeit den mit Rußland geschlossenen Waffenstillstandsvertrag bekannt. Die Verlesung war von einmütiger Zustimmung aller Parteien begleitet.

Weitere Friedensgerüchte.

Berlin, 18. Dezember. „Daily News" meldet: Der rumänische Gesandte in London erhielt durch eine neutrale, in Jassy beglaubigte Macht die Mitteilung der rumänischen Regierung, daß Rumänien am 2. Januar Friedensverhandlungen beginnen wird.

Serbische Friedenssehnsucht.

Berlin, 18. Dezember. Eine von dem Abgeordneten Katzlerowitsch verfaßte offizielle Kundgebung der serbischen Sozialdemokraten verlangt von der Regierung sofortigen Frieden auf Grundlage der von der russischen Regierung ausgegebenen Parole.

Zurückkehrende Gefangene.

Berlin, 19. Dezember. Englische Blätter berichten angeblich aus Petersburg, daß deutsche Kriegsgefangene in großer Zahl aus abgelegenen Gebieten Rußlands zurückkehren. Mehr als 1000 Mann seien am 17. Dezember aus den Provinzen Wologoda und Archangelsk in Petersburg eingetroffen.

Warenaustausch an der Front.

Rotterdam, 17. Dezember. An verschiedenen Teilen der Front, besonders in der Gegend von Minsk, hat bereits ein Handelsverkehr begonnen. Die Deutschen tauschen dort Metallwaren gegen Lebensmittel ein.

Die Regierung der Bolschewiki.

Petersburg, 19. Dezember. „Prawda" berichtet: Die gegenwärtige russische Regierung besteht aus sechs Bolschewiki, drei Sozialrevolutionären und einem Internationalisten. Für die Parteien, die die gegenwärtige Regierung voll und ganz unterstützen, sind bisher vier Millionen Stimmen abgegeben worden. Aus zwei Dritteln aller Wahlbezirke ist zwar das Endergebnis noch nicht bekannt, doch ist zweifellos mit dem vollständigen Siege der Regierungsparteien zu rechnen.

Gegen die Friedensfreunde.

Berlin, 19. Dezember. Eine neue Vorlage des französischen Justizministers setzt eine Strafe von fünf Jahren Zuchthaus auf die Verleitung zum Kleinmut durch Wort, Schrift und Bild aus. Das ist der Beginn der Verrücktheit.

Weitere Enthüllungen?

Berlin, 19. Dezember. Angeblich kündigt die neue portugiesische Regierung nach englischen Blättern die Veröffentlichung der Geheimverträge der früheren Regierung mit der Entente an.

Blödsinn.

Petersburg, 15. Dezember. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die bolschewistische „Prawda" widerspricht aufs entschiedenste dem in der ganzen bürgerlichen und sozialpatriotischen Presse verbreiteten Gerede über deutsche Waffenstillstandsbedingungen, die bei den Besprechungen in Brest-Litowsk gefordert worden wären, daß nämlich die Deutschen verlangt hätten:

1. Räumung Petersburgs.
2. Räumung Finnlands.
3. Entwaffnung Rußlands.
4. Deutsches Monopol für die Getreideausfuhr.

Alle diese Mitteilungen sind unverschämte Lügen. Weder diese Bedingungen, noch irgend etwas ähnliches ist in amtlicher oder privater Form gefordert worden. Ein für alle Mal muß betont werden, daß nichts derartiges in dem Bericht von unserer Abordnung aus Brest gestanden hat.

Man sieht, wie plump es die Agenten der Entente anlegen, um das russische Volk gegen die Friedensverhandlungen aufzuputschen. Der Appell an die Dummheit dürfte wohl zu spät sein.

Krise der Ernährungspolitik.

Die Denkschrift von Neukölln.

Durch Veröffentlichung einer Denkschrift des Neuköllner Magistrats an das Kriegsernährungsamt hat der „Vorwärts" eine Eiterbeule aufgestochen, die das Leben unseres ganzen Volkes mit der schwersten Gefahr bedroht. Was der Neuköllner Magistrat über die grauenhaften Zustände des Ernährungswesens berichtet, die in seinem Beobachtungsfelde zu verzeichnen sind, geht nicht nur Neukölln, den großen Industrievorort Berlins, sondern ganz Deutschland an. Die Denkschrift sagt ja auch ausdrücklich: Wie in Neukölln, so ist es in ganz Berlin, und wie in ganz Berlin, ist es in allen Großstädten, in allen Industriebezirken. In dramatischer Spannung wird gezeigt, wie ein Großbetrieb nach dem andern, eine Gemeinde nach der andern und schließlich auch die hohe Staats- und Reichsbehörde selbst, dem Zwang der Umstände erliegend, in die Falle des Schleichhandels geht, wie sie gegenseitig im Kampf aller gegen alle die Preise in unermeßliche Höhe treiben, den gesetzlich festgesetzten „Höchstpreis" in wesenlosem Scheine hinter sich zurücklassend.

Die Denkschrift des Neuköllner Magistrats ist eine Selbstbezichtigung! Das Gesetz bestraft nicht bloß den, der höhere Preise als die Höchstpreise fordert, sondern auch den, der höhere Preise bezahlt! Auch das hat der Neuköllner Magistrat, wie er selbst angibt, in ungeheuerlichem Maße getan, er hat es getan, um seine Bevölkerung vor dem Verhungern zu bewahren. Er mußte es tun, weil er sah, daß es überall geschah und weil die vorgesetzte Behörde auf der einen Seite aus Angst vor Unruhen nach einer besseren Versorgung der Arbeiterschaft drängte, auf der anderen Seite aber gegen alle Beschwörungen, die dazu erforderlichen Mittel zu gewähren, taub blieb.

Neukölln ist wegen seiner verhältnismäßig guten Versorgung in Berlin berühmt und wird von den Nachbargemeinden als ein Vorbild betrachtet. Jetzt erfährt die Welt, daß diese gute Versorgung nur durch dauernde Ueberschreitung des Gesetzes möglich geworden ist, und daß die Kravattenmacher auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung der Stadt fast die Kehle zugeschnürt hatten. Sie steht vor dem finanziellen Ruin.

Der Denkschrift ist eine noch nicht veröffentlichte Anlage beigefügt, aus der man ersieht, in welchem Umfange die Stadt den Lockungen des kriegswucherischen Schleichhandels erlegen ist. Die Stadt hatte u. a. Lieferungsverträge für Gemüse im Betrage von 200 000 Zentnern abgeschlossen. Erhalten hat sie davon noch nicht 10000 Zentner, noch nicht das Zwanzigstel. Und warum? Für die Lieferungs-Verträge gelten Höchstpreise, die Gemüsebauern aber haben, dank der glänzenden Organisation des Schleichhandels — die, wie der „Vorwärts" mit Recht sagt, viel besser ist, als die des Kriegsernährungsamts — reichlich Gelegenheit, ihre Erzeugnisse über den Höchstpreis zu verkaufen. So kommt es, daß der Neuköllner Magistrat 190008 der bestellten Zentner Gemüse nicht bekam, dafür aber die Gelegenheit erhielt, mehr als 150 Waggons (einhundertfünfzig!) Weißkohl im Schleichhandel zu erwerben. Der Höchstpreis für Weißkohl beträgt 7,50, — 8,00 Mk. pro Zentner. Bezahlt wurden 11 bis 16 Mark! Aehnlich war es mit roten Möhren (100 Waggons statt zu 8—11 Mark, zu 12—22 Mark), mit gelben Möhren, Wirsingkohl, Zwiebeln (75 Mark statt 15 Mark) usw. Und wie mit den Gemüsen war es mit Obst, Käse, Fleisch, sowie mit allen Lebensmitteln.

Also die Stadt Neukölln hat alles in allem Tausende von Waggons mit Lebensmitteln im Schleichhandel bezogen, und wie Neukölln haben andere Großgemeinden, Großbetriebe, Staats- und Reichsstellen in größerem oder in kleinerem Umfang gehandelt. Daraus geht hervor, daß ein gewaltiger Teil des gesamten Güterverkehrs auf den Eisenbahnen Schleichgut, Kriegswuchergut ist! An den Bahnhöfen aber werden Gendarmen aufgestellt, um die Tragkörbe der Bäuerinnen, das Handgepäck der Reisenden auf Hamsterware zu kontrollieren!

Welchen Zuständen wir infolge dieser Mißwirtschaft entgegengehen, liegt auf der Hand. Der Neuköllner Bericht spricht von einer drohenden Katastrophe. Es ist klar, daß die „legalen" Lebensmittelrationen in dem Maße heruntergehen müssen, in dem sich der Kriegswucher der greifbaren Vorräte bemächtigt. Folge davon ist, daß die Verordnungen — auf dem Papier — verschärft und für den ehrlichen Verbraucher wie für den ehrlichen Erzeuger zu einer immer unerträglicheren Last werden. Das reizt dann zu immer neuen Uebertretungen an, bis das Sprichwort in seinem brutalsten Sinne wahr wird: „Den letzten beißen die Hunde!" Die Großen auf dem Lande und die zahlungsfähigen Verbraucher in der Stadt finden sich zu einander, die Masse der Bevölkerung aber kann in Elend-drund verkommen.

Soll das Schlimmste verhütet werden, so sind radikale Maßnahmen erforderlich. Erforderlich ist vor allen Dingen eine ländliche Verwaltung, die vor entschiedenem Zugreifen auch gegenüber hochbegüterten und dementsprechend hoch angesehenen Personen nicht zurückschreckt. Die Produktion ist am Erzeugungsorte selbst erfaßt, von den Zentralbehörden an die Kommunen, von diesen an ihre Bevölkerung zu verteilen. Jedes Abweichen von dieser Norm, jede vorschriftswidrige Zurückhaltung von Lebensmitteln, jede [illegible]

Der Bericht des Neuköllner Magistrats läßt keinen Zweifel daran bestehen, daß in ungeheuerlichem Maß aus schnöder Gewinnsucht Landesverrat getrieben wird. Etwas anderes ist es nicht, wenn eine wohlgeleitete, weitverzweigte Organisation ein von außen belagertes Land von innen her auszuhungern sucht. Wer so handelt, tut nichts anderes als der, der Festungen ausspioniert und Generalstabspläne verrät.

Soweit sind wir also! Und daß wir soweit gekommen sind, das ist vor allem zwei Umständen zuzuschreiben: Erstens einmal der Wirtschaft, die seit dem Uebergang des Amtes von Herrn von Batocki auf Herrn von Waldow im Kriegsernährungsamt eingerissen ist. Zweitens aber dem dauernden Versagen der ländlichen Verwaltung im größten deutschen Bundesstaate, die durch das preußische Dreiklassenwahlrecht gedeckt wird. Die persönlichen und politischen Schlußfolgerungen ergeben sich daraus von selbst!

• •

Eine Eingabe an das Kriegsernährungsamt.

Gebt mehr Kartoffeln!

Die Volksernährung geht wieder einmal drohenden Zeiten entgegen, auf die der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften die für die Volksernährung zuständige Reichsstelle in einer Eingabe dringend aufmerksam macht. Diesmal ist es wieder die Kartoffelversorgung, auf die die ernsteste Beachtung hingeleitet wird. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Vorstand

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berlin, den 17. Dezember 1917.

Die hohe Bedeutung, die die Kartoffelversorgung im kommenden Jahr für die Ernährung der Bevölkerung beansprucht, veranlaßt uns, dem Kriegsernährungsamt die Bedenken zum Vortrag zu bringen, die wir gegen die bisher getroffenen Maßnahmen erheben müssen.

Wir erkennen gern an, daß in diesem Jahr die Deckung des Bedarfs für die städtische Bevölkerung erheblich besser von statten gegangen ist, als in den Jahren vorauf. Das kann uns aber nicht in Sicherheit wiegen über die Versorgung bis zu Ende des Wirtschaftsjahres. Wir nehmen zu unserm Bedauern wahr, daß die Annahme, wir verfügen über eine außerordentlich günstige Ernte, zu einer umfangreichen Verfütterung der Kartoffeln verleitet. Auch der günstigste Ertrag der Ernte muß hierbei schnell aufgebraucht werden. In letzter Zeit ist uns Mitteilung geworden, daß die Militärverwaltung

erhebliche Mengen Kartoffeln zur Verfütterung freigibt;

aus einer Etappenstation wird uns berichtet, daß täglich sieben Pfund Kartoffeln pro Pferd verfüttert werden. Wenn diese Maßnahme der Militärverwaltung in größerem Umfange ergriffen wird, so wird weit über das zulässige Maß in unsere Kartoffelbestände eingegriffen. Dazu kommt, daß die Verfütterung in landwirtschaftlichen Betrieben außerordentlich schwer zu kontrollieren ist und weit über das Quantum von 20 Prozent Schwund, in der auch die Verfütterungsmenge enthalten ist, hinausgegangen wird. Die Maßnahmen, die von der Reichskartoffelstelle für die Versorgung im nächsten Frühjahr getroffen sind,

geben uns keine genügende Sicherung.

Die Erfahrung in diesem Jahr hat ergeben, daß im Frühjahr die den Provinzialkartoffelstellen auferlegte Lieferungspflicht nur zu ungefähr 32 Prozent erfüllt wurde. Es ist allerdings in diesem Jahr die Vorsorge getroffen, daß durch Lieferungspflicht der Ueberschußgemeinden an die Bedarfsgemeinden die notwendigen Mengen gedeckt werden sollen. Wir bezweifeln, daß die hier vorgesehenen verhältnismäßig hohen Vertragsstrafen die Bestände vor dem Zugriff des Landwirtes sichern und es erscheint uns sehr fraglich, ob nicht, wenn die Kartoffeln in der eigenen Wirtschaft des Landwirts verbraucht sind, der Durchführung der Vertragsstrafe ein erheblicher Widerstand entgegengesetzt wird. Wir sind gegenwärtig noch der Meinung, daß die Gemeinde, die zur Lieferung der Kartoffeln herangezogen wird, auf eigenes Risiko die Kartoffeln für den Frühjahrsbedarf einmieten mußte, um sie vor jedem Zugriff sicherzustellen. Können wir für den Frühjahrsbedarf die Deckung nicht herbeiführen, so würde für unsere Ernährung ein Zustand eintreten, wie wir ihn bisher in den Kriegsjahren noch nicht erlebt haben. Bevor dieser Bedarf nicht gedeckt ist, muß jede Verfütterung untersagt werden.

Aus allen Teilen des Reiches erhalten wir Zuschriften, die mit zunehmender Eindringlichkeit die Forderung erheben, das bisher gewährte Kartoffelquantum

von 7 Pfund pro Woche auf 10 Pfund zu erhöhen.

Die Gründe, die vom Kriegsernährungsamt gegen diesen Anspruch geltend gemacht werden, können wir nicht als berechtigt anerkennen. Das Kriegsernährungsamt stellt seiner Berechnung für die Kartoffelversorgung eine Ernte von 34,5 Millionen Tonnen zur Grundlage, während in landwirtschaftlichen Kreisen, wir berufen uns dabei auch auf die Schätzung des Grafen von Schwerin-Löwitz, eine Ernte von 38 bis 40 Millionen Tonnen angenommen wird. Die Reichskartoffelstelle rechnet mit einer Anbaufläche von 2,38 Millionen Hektar. Das würde einen Rückgang der Anbaufläche um über eine Million Hektar gegen das Jahr 1915 bedeuten. An einen Rückgang in diesem Umfange glaubt niemand. Aber selbst bei dieser ganz unhaltbar niederen Annahme über die Größe der Anbaufläche rechnet die Reichskartoffelstelle nach den von ihr geforderten Mengen mit einer [illegible] des Landwirts pro Hektar von 137 Zentner, [illegible] tigkeit um einige Zentner erhöht werden kann, liegt außer allem Zweifel. Würde man die Kartoffelmengen um 3 Pfund pro Woche für einen Zeitraum von rund 25 Wochen erhöhen, so würde das eine Mehrlieferung von ungefähr 1,5 Millionen Tonnen für die städtische Bevölkerung ergeben. Eine solche Zulage würde manche Sorge um das Durchkommen im Haushalt beseitigen; die Abgabe wäre möglich nach allem, was wir über den Ertrag der Ernte erfahren haben.

Die weiteren Einwände, daß wegen der Transportschwierigkeiten diese Versorgung nicht möglich ist, müssen entschieden bestritten werden; es wird bei einigem guten Willen und unter Berücksichtigung des Ernstes der Situation wohl möglich sein, diese höhere Belieferung durchzusetzen. Dabei scheint nicht einmal in allen Städten die Ration von 7 Pfund Kartoffeln verteilt zu werden,

denn aus Breslau wird uns berichtet,

daß dort nur 6 Pfund zur Verteilung gelangen. Das muß in der Bevölkerung um so bitterer empfunden werden als Breslau in einem Bezirk mit starkem Kartoffelanbau liegt und hier die Versorgung zu keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten führen kann.

Berücksichtigen wir, daß bei dem Mangel an Fett, Fleisch, Hülsenfrüchten, Brot und Mehl der Bedarf der für die Ernährung notwendigen Kartoffeln erheblich gesteigert wird, auch der erhoffte Ausgleich im Konsum von Gemüse nicht eintreten konnte, weil hier die Ernte den Bedarf nicht deckte, so bleibt für unsere Ernährung die Kartoffel ein wichtiger und wertvoller Bestand, der zunächst für die menschliche Ernährung sichergestellt werden muß. Jeder Versuch, Kartoffeln in höherem Maße der Viehhaltung zuzuführen, stellt die Ernährung der Bevölkerung in Frage.

Wir machen mit allem Nachdruck auf diese ernste Situation in unserer Nahrungsmittelversorgung aufmerksam und betonen noch einmal, daß die bisher getroffenen Maßnahmen keine Sicherheit für die Versorgung der Bevölkerung enthalten. Wir schließen uns insbesondere auch den sehr ernsten Vorstellungen, den der Deutsche Städtetag in seiner Eingabe vom 26. November d. Js. geltend machte, an und fordern dringend, daß dieser vereinten Vorstellung das Kriegsernährungsamt Rechnung trägt. Die hier erhobenen Wünsche, die auf die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung Rücksicht nehmen, müssen erfüllt werden, weil sie Anforderungen enthalten, ohne die ein Auskommen für die städtische Bevölkerung unmöglich ist.

Ergebenst

C. Legien. Fr. Ebert.

An das
Kriegsernährungsamt Berlin.

Ein Geleitzug vernichtet.

Amerikanischer Zerstörer torpediert.

Berlin, 17. Dezember. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Rose, hat am 5. Dezember im Aermel-Kanal den amerikanischen Zerstörer „Jacob Jones" vernichtet und dabei zwei Matrosen gefangen genommen. Das Boot hat dann den Handelsverkehr mit gutem Erfolge bei stärkster feindlicher Gegenwirkung angegriffen und dabei insgesamt acht Dampfer mit über 22.000 Brutto-Registertonnen versenkt. Allein vier größere Dampfer sind ihm aus stark gesicherten Geleitzügen zum Opfer gefallen, darunter der englische Dampfer „Westlands", 3112 Tonnen, mit Kohlen von Leith nach Nantes, und der englische Dampfer „Nyanza", 4053 Tonnen. Ein einzeln fahrender bewaffneter Dampfer wurde aus starker Bewachung herausgeschossen. Gegen den englischen Dampfer „Earlswood", 2358 Tonnen, der, durch Bewachungsfahrzeuge gesichert, unter der englischen Küste westwärts fuhr, wurde ein Torpedotreffer erzielt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 18. Dezember. Reuter. Im Unterhause teilte Sir Eric Gedes mit, daß als Ergebnis der Angriffe feindlicher Kriegsschiffe auf den skandinavischen Geleitzug ein englisches und fünf neutrale Schiffe von insgesamt 8000 Tonnen versenkt worden sind. Auch ein englischer Zerstörer und vier bewaffnete Dampfer seien versenkt und ein anderer Zerstörer sei unter der Wasserlinie getroffen worden, habe aber noch sicher den Hafen erreichen können. Ueber die näheren Umstände werde die Untersuchung angestellt werden.

London, 17. Dezember. (Reuter.) Geddes berichtete über die Zerstörung des Geleitzuges in der Nordsee folgendes: Der von Schottland nach Norwegen bestimmte Geleitzug wurde vom Feinde am 12. Dezember angegriffen. Er bestand aus einem britischen und fünf neutralen Schiffen von zusammen 8000 Tonnen. Die Schiffe wurden durch eine Eskorte aus den zwei Torpedojägern „Partridge" und „Pelew" und vier bewaffneten Trawlern geschützt. Aus irgend einem noch nicht aufgeklärten Grunde waren die Seestreitkräfte, die vom Kommandierenden Admiral der Flotte zum Schutze der skandinavischen Convois ausgeschickt waren, nicht rechtzeitig zur Stelle. Ein zweiter Geleitzug, der auch in derselben Weise geschützt war, ist nicht angegriffen worden. Ueber alle Umstände ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

Soweit bisher in Erfahrung gebracht werden konnte, hat der Zerstörer „Partridge" am 12. Dezember vormittags vier feindliche Torpedojäger gesichtet. Kurz darauf wurden „Pelew" und „Partridge" in ein Gefecht verwickelt, während der Geleitzug sich den Befehlen gemäß zerstreute. Kurz nach Beginn des Kampfes bemerkte der Torpedojäger „Pelew", daß die „Partridge" einen schweren Treffer bekommen hatte. Gleich darauf fand eine Explosion statt; das Schiff sank. Gleichzeitig hatte auch die „Pelew" an der Wasserlinie ein Loch bekommen. Der Maschinenraum füllte sich mit Dampf. Obwohl die Maschinen teilweise unbrauchbar waren, konnte das Schiff doch nach England in Sicherheit gebracht werden. Offenbar unternahm der Feind darauf einen Angriff auf den Geleitzug, der aus sechs Handelsschiffen und vier bewaffneten Trawlern bestand. Sie wurden in Grund gebohrt. Acht Skandinavier, darunter zwei Frauen, und zehn britische Seeleute sind von vier Torpedojägern gerettet worden, die in aller Eile vor einem Kreuzergeschwader, das sich dem Kampfplatz näherte, flüchteten. Andere Ueberlebende erreichten Norwegen in Booten. Die ganze Besatzung (12 Mann) des Trawler „Lord Alverton" ist gerettet. Von der „Pelew" sind ein Offizier und drei Mann getötet, zwei schwer verwundet. Die Berichte über die Ueberlebenden des Torpedojäger „Partridge" sind unvollständig, aber nach einem Telegramm [illegible] in Holland ist auf Texel die Nachricht eingetroffen, drei Offiziere,

21 Mann der „Partridge“ und 11 Mann des Trawlers „Livingstone“, ein Offizier und 14 Mann des Trawlers „Tokio“ seien gerettet und nach Kiel gebracht worden. 10 Mann davon seien verwundet.

Die Wahlen in Kanada.

Ottawa, 18. Dezember. Amtlicher Bericht über die Wahlen. Bis Mitternacht wurden von der Regierungspartei 128, von der Opposition 87 Kandidaten gewählt. Von 16 Wahlbezirken ist das Ergebnis noch nicht bekannt, in 4 Bezirken sind die Wahlen verschoben worden. Die unionistische Regierung ist gewählt.

Es ist also der englischen Regierungspartei gelungen, durch entsprechenden Zahldruck die unbestrittene Mehrheit zu erhalten. Das bedeutet für den Fall der Fortführung des Krieges die Einführung der Wehrpflicht in Kanada — gerichtet gegen Deutschland und seine Verbündeten. Deshalb wird der Ausfall der Wahl in England als ein großer Sieg gefeiert.

Die Neutralen gegen den Druck.

Berlin, 19. Dezember. Achtzehn Mitglieder verschiedener Parteien der Schweizer Bundesversammlung haben beim Bundesrat angefragt, ob es nicht Zeit sei, bei den kriegführenden Staaten gegen die wirtschaftlichen Einschränkungen zu protestieren und bei den Neutralen einen gemeinsamen Schritt im Sinne des Angebots guter Dienste zur Anbahnung von Verhandlungen fur einen allgemeinen Waffenstillstand über die Weihnachts- und Neujahrszeit anzustreben.

Der europäische Selbstmordklub.

Bern, 18. Dezember. Dr. Inge, der Dechant von Worcester, führte in einer in der Zentral Hall zu London gehaltenen Rede zugunsten eines Versöhnungsfriedens aus: Das Schwert würde morgen in die Scheide gesteckt werden, wenn die Völker einander nicht so fürchteten. Wenn England geschlagen werde, werde es nicht still liegen, ebensowenig Deutschland. Dieser Selbstmordklub müsse aufhören. Es sei eine weitverbreitete Ansicht, daß England die Deutschen überreden oder zwingen könne, eine weniger unmögliche Verfassung anzunehmen, von der die Engländer hofften, daß sie die Deutschen weniger aggressiv und, wie man sich zuflüstere, sicherlich weniger tüchtig machen würde. Aber wiewohl die deutsche Verfassung keineswegs ein Ideal sei, die Deutschen glauben daran, da tatsächlich Deutschland in vieler Hinsicht das Land der Welt sei. Jedenfalls habe keine Nation in diesem Kriege eine so leidenschaftliche Loyalität gegenüber ihrer Regierung bewiesen, wie die deutsche. Die Deutschen würden ihre Verfassung nicht gegen die englische eintauschen. Redner sprach am Schluß die Ueberzeugung aus, daß die kriegführenden Nationen nach dem Kriege bereit sein würden, zu vergessen und zu vergeben, wenn sie die Gewißheit gewännen, daß sie künftig in Frieden und Sicherheit leben könnten.

Dazu ist es ebenso nötig, daß wir unseren Eroberungspolitikern den Mund stopfen, wie das jenseits des Kanals nötig, wo die Herrschaften sogar auf den Ministerstühlen sitzen.

Ein Marine-Vergleich.

Bern, 17. Dezember. „Daily Mail“ führt aus, ein Ziel der deutschen Kriegführung bestehe darin einen großen Teil der Streitkräfte der Alliierten zu einem bloßen Verteidigungskriege zu verurteilen und so ihre Wehrkraft zu schwächen während Deutschland die ganze Kraft offensiv gebrauche. Was koste nun das Inschachhalten der Tauchboote, von dem Geddes gesprochen hat die Alliierten an Menschenkraft? Die Gesamtstärke der feindlichen Flotten betrage etwa 150 000 Mann, von denen durchschnittlich immer 2000 in etwa fünfzig Tauchbooten auf See seien. Ihnen standen 450.000 Mann der britischen, 313.000 Mann der amerikanischen und wenigstens 100.000 Mann der französischen und italienischen Flotten gegenüber. Diesen 863 000 Seeleuten habe man aber noch mehrere 100 000 Mann hinzuzurechnen die auf britischen und amerikanischen Werften arbeiteten, um den versenkten Schiffsraum zu ersetzen. Das, sagt die Zeitung, ist die Lage in dem Zeitpunkte, wo das Geheimnis des Sieges anscheinend in der richtigen Verwendung der Menschenkraft liegt.

Der deutsche Tagesbericht

Großes Hauptquartier, 18. Dezember. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Sturm und Schneetreiben blieb die Artillerietätigkeit mäßig. In Flandern und westlich von Cambrai trat am Abend geringe Feuersteigerung ein.

Erkundungsabteilungen brachten an der englischen Front, nordwestlich Vinon, auf dem Ostufer der Maas und südöstlich von Thann eine Anzahl Engländer und Franzosen ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische Front. Im Cerna-Bogen und zwischen Wardar und Dojran-See lebte das Feuer zeitweilig auf.

Italienische Front. Zwischen Brenta und Piave vielfach lebhafte Artillerietätigkeit. Oestlich vom Monte Solarolo wurden Teile der feindlichen Stellung genommen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 18. Dezember abends. (WTB.)

In erfolgreichen Kämpfen im Gebirge östlich von der Brenta machten österreichisch-ungarische Truppen mehr als 1000 Gefangene.

Italienische Angriffe am Monte Solarolo scheiterten.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 18. Dezember. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz. Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz. Zwischen Brenta und Piave erfolgreiche Gefechtstätigkeit.

Der Chef des Generalstabes.

Kleine Kriegsnachrichten.

Holländischer Protest. Das Korrespondenzbureau erfährt, daß die holländische Regierung anläßlich der jüngsten Erklärung Deutschlands über die Beschränkung der Schiffahrt auf der freien See, namentlich wegen der Erschwerung der Fahrt nach England protestiert habe.

Annullierung der ausländischen Anleihen in Rußland? „Times“ meldet wieder einmal aus Petersburg, daß die Volkskommissare angeblich beabsichtigen, alle ausländischen Anleihen zu annullieren, sobald mit Sicherheit feststeht, daß die Alliierten sich weigern, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Politische Uebersicht.

Die Erklärung der deutschen Oberbürgermeister.

Die Zahl der Städte, deren Oberbürgermeister die Erklärung an den Leiter des Kriegsernährungsamtes gegen die Freigabe und Verfütterung der Kartoffeln unterzeichnet haben, ist jetzt auf 56 gestiegen. Neben den bereits erwähnten Unterzeichnern seien noch namhaft gemacht die Städte Elberfeld-Barmen, Duisburg, Düsseldorf, Königsberg, Kiel, Karlsruhe, Stuttgart und Augsburg.

Schlesien und Posen.

Strehlen, 19. Dezember. Achtung, freiorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen von Strehlen und Umgegend! Freitag, den 21. Dezember 1917, abends 6 Uhr, findet bei Knoll in Strehlen eine Versammlung aller freiorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Tagesordnung: 1. „Die Bedeutung des Gewerkschaftskartells für die organisierten Arbeiter“. Referent: Arbeitersekretär Peikert-Breslau. 2. Errichtung eines Gewerkschaftskartells für Strehlen und Umgegend. 3 Wahl des Kartellvorstandes. 4. Geschäftliche Angelegenheiten. — Zahlreiches, pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Wohlau, 18. Dezember. Eine Frauenversammlung in Klein-Auster hörte am Sonntag den Vortrag der Genossin Lawatsch-Breslau über die Bedeutung der Frau im wirtschaftlichen Leben. Eingehend wies sie darauf hin, daß die arbeitenden Frauen das Recht und die Pflicht haben, sich einen Einfluß in der Gesetzgebung zu sichern. Fünfzehn Neuaufnahmen für die sozialdemokratische Partei waren der Erfolg der Versammlung. — Auch hier wie fast überall wurde über die unzureichende Unterstützung der Kriegerfrauen und ihre manchmal rücksichtslose Behandlung durch die Behörden geklagt. Vielleicht nimmt sich der Landrat einmal der Sache an.

Zobten 17. Dezember. Zusammentreffen zwischen Förster und Wilderer. Der Förster aus Schlanz hatte einen Wilderer überrascht, der den Förster mit der Waffe angriff. Dieser erlitt eine Schußverletzung. Der Wilderer entfloh in der Richtung nach Klettendorf.

Reichenbach, 15. Dezember. Selbstmord verübte die Hotelbesitzerin Schreyer aus Peterswaldau. Sie wurde in einem am Bahnhof Mittel-Peterswaldau gelegenen Teiche ertränkt aufgefunden. Vermutlich hat sie den Selbstmord in geistiger Umnachtung ausgeführt.

Meffersdorf, 16. Dezember. Ein schwerer Unfall ereignete sich in der Papierfabrik Ullersdorf. Infolge Platzen eines Ventils wurde der dort beschäftigte Heizer Wilhelm Pobbe von hier derartig verbrannt, daß er am nächsten Tage verstarb.

Nikolausdorf, 18. Dezember. Vom Eisenbahnzug überfahren wurde Montag nachmittag kurz vor der hiesigen Station ein bis jetzt unbekannter Mann. Dem Unglücklichen wurde der Kopf glatt vom Rumpf getrennt. Anscheinend liegt Selbstmord vor.

Sagan, 17. Dezember. Ein leichtsinniger Scherz hat in Quolsdorf einem Schulknaben das Leben gekostet. Ein Schüler hielt dem anderen den Schieferstift unter das Gesäß. Beim Niedersetzen wurde das Gesäß so schwer verletzt, daß der Knabe nach einigen Tagen an Blutvergiftung starb.

Görlitz, 19. Dezember. Ein kleiner Kwilecka-Prozeß. Wegen eines äußerst dreisten Kindesraubes stand die 26jährige Fabrikarbeiterin Anna Schmaler aus Heinersdorf bei Hoyerswerda vor der Strafkammer. Die noch unbestrafte Angeklagte hatte ein Verhältnis mit einem Arbeiter. Um diesem vorzutäuschen, daß sie von ihm ein Kind erwarte, und um ihn zu einer baldigen Heirat zu bewegen, veränderte sie künstlich ihren Leibesumfang und setzte sich am 30. Oktober in höchst dreister Weise in den Besitz eines vierteljährigen Kindes. Sie nahm im Nachbardorfe Böhlau aus einem in einem Gehöft stehenden Kinderwagen das schlafende unbeaufsichtigte Kind der Arbeiter Mäderschen Eheleute, lief damit nach Hause und gab es als ihr eigenes aus. Die Görlitzer Strafkammer verurteilte die äußerst romantisch veranlagte Angeklagte, die ihren Geliebten des Verbrechens gegen das keimende Leben beschuldigt hatte, wegen des Kindesraubes zu 4 Monaten Gefängnis bei Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft.

Kattowitz, 18. Dezember. Raubüberfall auf einen Kassenbeamten. Ein frecher Raubüberfall wurde am Sonnabend nachmittag gegen 2 Uhr auf den Kassenverwalter Hoffmann der Fürstlich Plessischen Bergwerksdirektion unweit des Bahnhofes Emanuelssegen von zwei mit Revolvern bewaffneten jungen Leuten verübt. Bei diesem Ueberfall wurde dem Beamten eine braune Aktentasche mit den in Beuteln gepackten Lohngeldern der ersten Steigerabteilung Boerschächte im Gesamtbetrage von 13000 Mark geraubt, außerdem 700 Mark 6. Kriegsanleihe in Hundertmarkscheinen. — An demselben Vormittage wurde anscheinend von denselben Leuten ein von 2 Gendarmeriewachtmeistern begleiteter Geldtransport nach der Fürstengrube erfolglos überfallen und dabei eins der Wagenpferde erschossen. Die Fürstlich Plessische Bergwerksdirektion in Kattowitz sichert demjenigen, der zur Ermittelung der Täter beiträgt, eine Belohnung von 1000 Mark zu.

Oppeln, 17. Dezember. Einen Dieb erwischt. Auf Anfordern der Staatsanwaltschaft in Gleiwitz erfolgte durch die hiesige Kriminalpolizei die Verhaftung des seit einiger Zeit hier wohnenden Arbeiters Pelsen aus der Hindenburger Gegend. Dabei wurde festgestellt, daß er mitbeteiligt ist an dem großen Diebstahl, der vor einigen Tagen in der hiesigen Kaserne verübt worden ist und wobei einem Feldwebel aus der Kasse nahezu 2000 Mark gestohlen wurden. Das Geld wurde größtenteils bei der Durchsuchung vorgefunden.

Posen, 19. Dezember. Verurteilter Schieber. Vor der hiesigen Strafkammer gelangte gestern abend die am Freitag begonnene Verhandlung gegen den umfangreicher Getreideschiebungen beschuldigten Getreidehändler Max Aronsohn von hier zum Abschluß. Wie die Beweisaufnahme ergab, hatte Aronsohn, der von Gutsbesitzern und landwirtschaftlichen Verbänden Gerste und Hafer aufkaufte, dabei vielfach auch beschlagnahmtes Getreide unter bedeutender Ueberschreitung des Höchstpreises erworben und weiterverkauft. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von 5½ Monaten Gefängnis und 129 350 Mark Geldstrafe, außerdem auf Veröffentlichung des Urteils in mehreren Tageszeitungen. Die Gefängnisstrafe wurde als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt erachtet.

Zwei Eisenbahnzüge.

Es war in der ersten Kriegszeit im Septembermonat. Fast täglich sah man da Soldaten ausmarschgerüstet durch die Straßen Berlins ziehen, ein Musikkorps an der Spitze. Blumen hatten sie an den Helmen und auf der Brust, Blumen an den Gewehrläufen. Die strenge Disziplin war gelockert; neben und zwischen ihnen schritten Frauen, Männer und Kinder, die den Ihrigen noch bis zum letzten Augenblick sehen wollten. Die Weiber und Väter trugen die Gewehre der Soldaten, drückten diese doch die vollgepackten Tornister, die gefüllten Patronentaschen doch schon schwer genug. Eine breite, bunte, laute Masse war es, die da die Straßen durchzog. Die Fenster der Häuser, an denen der Zug vorüberkam, waren von Menschen dicht besetzt. Voll Stimmengewirr und Gesumm war es, Blumen und Schokolade wurden verteilt und Zigaretten. Auf dem Bahnhof wurde es für wenige Minuten stiller, der Abschiedsaugenblick war gekommen. Familienväter befanden sich unter den Soldaten, sie waren ernst und still. Aber viele der Ausziehenden waren junges Blut, siegesfroh und leichtsinnig. Was wußten sie von dem Grauen des Krieges? Ihre Jugend lockte die Abenteuer. Sie lachten und sangen, und die Keckften unter ihnen kletterten die Wagen entlang und schrieben übermütige Inschriften an die Außenseite.

Aber die Zurückbleibenden fühlten doppelt den Abschiedsschmerz und die Zukunftsangst. Hier drückte eine Mutter ihren schlanken, braunverbrannten Sohn immer wieder in die Arme und ließ die verweinten Augen unverwandt auf ihm ruhen. Ein Soldat nahm von seinem Mädchen Abschied, seiner Braut. Sie hing so fest an seinem Hals. „Komm wieder, Du, komm wieder.“ „Aber ja, ich verspreche es Dir.“ Andere hielten einander nur an den Händen. Aber man sah die Mundwinkel zucken.

Das Kommando zum Einsteigen wurde gegeben. Zurufe und Schluchzen hörte man und tröstendes lustiges Zureden „Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!“ Der Zug setzte sich in Bewegung. Mützen wurden geschwenkt und Tücher wehten. Und ferner und ferner erschien das Rauchwölkchen der Lokomotive, wurde kleiner und kleiner der Zug, der so viel junges, warmes Leben, so viel frohe, frische Kraft ins Ungewisse, ins Elend und Tod hinaustrug. Kommt wieder!“ — —

Drei Jahre später. Ich hielt mich in Oerebro, einer Stadt im mittelsten Schweden, auf. Zweimal in der Woche passierten da Züge von Austauschgefangenen den Bahnhof, zwei Züge Deutsche, Oesterreicher und Ungarn, zwei Züge Russen an anderen Tagen. Der Bahnsteig war dann eigentlich für Nichtzugehörige gesperrt, ich als Deutscher erhielt jedoch wiederholt Zutritt. In ziemlich langsamer Fahrt fuhr der lange Zug jedesmal in den Bahnhof ein, das Rote Kreuz an den Wagen leuchtete aus dem weißen Feld. Auf dem Bahnsteig stand die Musikkapelle des königlich schwedischen Leibregiments. Helmbewehrten begrüßten die Einfahrenden. Der Zug hielt, die Schwester eilte die Wagen entlang und forderte die, die gehen konnten, zum Aussteigen auf. Entsetzlich der Jammer, den man da sah. Mühsam, so mühsam kamen sie die hohen Wagenstufen herab, meist barfuß, Strohschuhe an den Füßen, gelb und schmal die Gesichter, tiefliegende Augen. So scharten sie sich um die Musik. „Deutschland, Deutschland über alles“, spielten die schwedischen, ach so gesunden, kraftstrotzenden Soldaten. Die Mützen in den Händen sangen viele der Invaliden mit. Es ging zur Heimat. Man sah ihnen ihre Bewegung an. Nach zwei, drei Jahren der Gefangenschaft auf dem Wege zur Freiheit, hörten sie hier zum ersten Male wieder Heimatklänge. Und doch waren so viele freude- und hoffnungslos. „Als was kehre ich zurück?“ — Ein Husten schüttelte den elenden Körper. „Sie werden wieder gesund werden, die Heimat macht Sie gesund“, versuchte ich zu trösten, wo doch kein Mensch trösten kann. Er lachte auch nur bitter. „Jetzt nicht mehr.“

Unsägliches haben sie oft in der Gefangenschaft erduldet. „Aber sie behandeln ihre eigenen Leute nicht besser. Das Essen in den Gefangenenlagern ist schlecht. Ist man gesund, so kann man wohl selbst gehen und sich etwas kaufen; an einigen Stellen ist es besser, in den Lazaretten aber am allerschlechtesten.“ Ein ungarischer Feldgeistlicher, der während der Gefangenschaft auch als Dolmetscher zwischen den ungarischen und deutschen und österreichischen Soldaten gedient hatte, sagte dies.

Auch Halbinvaliden befanden sich oft unter den Austauschgefangenen. Mit zwei österreichischen Offizieren sprach ich. Sie waren so lustig und gesprächig, schwärmten von den Schönheiten Schwedens, die sie während der Fahrt gesehen, freuten sich über die sauberen und hübschen Bauernhäuser hier nach dem Schmutz in Rußland. Und in die Freiheit ging es zurück, in die Freiheit! Sie waren wieder Menschen. „Nun will ich das Leben genießen“, sagte der eine und lachte so froh. Ihm fehlte der rechte Arm.

Innen im Wagen liegen die Schwerkranken. Bleiche, elende Gestalten, oft von Fieber durchglüht sich unruhig hin- und herwälzend, Bett bei Bett Verkrüppelte und Todkranke. Immer sterben einige während der Fahrt. In einem besonderen Abteil befinden sich die Wahnsinnigen, denen das Grauen der Schlacht die armen Sinne verwirrte.

Welch' ein Jammer, welch' ein unsäglicher Jammer. —

Nach einer Stunde Aufenthalt fuhr der Zug weiter. Die schwedische Kapelle spielte, und auf den anderen Bahnsteigen standen die schwedischen Zuschauer und grüßten still und ernst die Vorüberfahrenden. Wagen hinter Wagen rollte vorbei, ein endloser Zug, nur Invaliden und Schwerkranke und Wahnsinnige. Wie kehren sie zurück in die Heimat und zu ihren Angehörigen! Und die Tausende und Abertausende, deren [illegible] ... jetzt in fremder Erde modert!

— — — — — — — — — —

Und doch will es nicht Friede werden!

Aus aller Welt.

Wenn ein Lebensmittelschiff versenkt wird. Wie peinlich die englische Lebensmittelversorgung durch die Versenkung eines einzigen großen Transportdampfers mit Lebensmitteln betroffen wird, hat Sir Arthur Yapp im Verlaufe einer Rede in Glasgow, wie „Daily Telegraph“ berichtet, seinen Hörern recht anschaulich klar gemacht. „Wenn wir weniger essen,“ meint er, „werden mehr Schiffe frei, um amerikanische Truppen herüberzubringen. Der Tonnengehalt eines Getreideschiffes beziffert sich durchschnittlich auf 6000 Tonnen. Werden einen Monat lang in jeder Woche zwei Schiffe versenkt, so gehen damit 25668264 Laib Brot im Gewicht von je 4½ Pfund verloren. Mit dieser Masse könnte ganz Schottland über fünf Wochen versorgt werden. Der Brotbedarf von Glasgow könnte sechs Monate hindurch, der Brotbedarf von Edinburgh ein Jahr und fünf Monate aus dem Verlust gedeckt werden. Wenn ein großes Schiff versenkt wird, wie es der Fall war, das 50000 geschlachtete Schafe oder rund 3500 000 Pfund Fleisch geladen hatte, so genügte eine solche Menge, um Glasgow ungefähr zwei Wochen lang und Edinburgh fünf Wochen lang zu ernähren.“

Und alle diese schönen Nahrungsmittel müssen auf dem Meeresgrund verderben, indessen Europa hungert.

Durch ein Brandunglück sind in Stettin vier Kinder im Alter von ¾ bis 6 Jahren ums Leben gekommen. Die Frau eines im Felde stehenden Schneiders hatte ihre vier Kinder bei einer Lampe allein in der Wohnung gelassen, wo diese die Lampe umgeworfen und die Möbel in Brand gesetzt hatten.

Verhaftung eines Millionendiebes. Eine überraschende Aufklärung haben nach dem „Tag“ zahlreiche Einbrüche gefunden, die seit Monaten im Westen Berlins verübt wurden. Als Täter hat man jetzt den 29jährigen angeblichen „Fabrikbesitzer“ Benno Mack verhaftet. In Wirklichkeit ist er ein Zuchthäusler, der zwei luxuriös eingerichtete Wohnungen unterhielt, in denen man für große Summen Kriegsanleihe, bares Geld und für über 300000 Mark Goldwaren beschlagnahmte.

Ungewöhnliches Strandgut hatte der letzte Sturm auf Fehmarn an die Bojendorfer Küstenstrecke gebracht. Man fand den Strand wie besät mit ungewöhnlich großen Kaien. Mehrere Zentner davon wurden eingebracht. Die Fischer der Umgegend behaupten, daß es sich um sogenannte [illegible] handelt, die man dort in der Gegend nicht wahrnimmt.

Familiennachrichten.

Als Opfer des Weltkrieges fiel in den letzten schweren Kämpfen am 27. vorigen Mts. unser lieber, herzensguter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Bräutigam

der Musketier

Hermann Würfel

Im Res.-Res.-Infanterie-Regiment Nr. 1, 12. Komp.
Ritter des eisernen Kreuzes

im blühenden Alter von fast 22 Jahren.

Im tiefsten Schmerz 8744

Breslau, den 19. Dezember 1917
Waterloostraße 13

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Gustav Würfel
Berta Strempel, als Braut.

Verspätet.

Jetzt erst erhielten wir die traurige Nachricht, daß auch unser lieber, treuer Freund, der Unteroffizier

Oskar Adamek
aus Klettendorf

dem Völkermorden zum Opfer gefallen ist.

Deinen Lieben starbst Du zu früh,
Teurer Freund, wir vergessen Dich nie!

Seesoldat **Ernst Zock**
Obermatrose **Emil Scholz** } im Felde

8749

Stadt-Theater.
Mittwoch nachmittag 3 Uhr:
„Was Hans und Lieisel im Zauberwald erlebten".
Abends 7 Uhr:
„Martha".
Donnerstag 7 Uhr:
„Figaros Hochzeit".
Freitag 7 Uhr:
„Hoffmanns Erzählungen".
Sonnabend nachmittag 3 Uhr:
„Was Hans und Liesel im Zauberwald erlebten."
Abends 7 Uhr:
„Der fliegende Holländer".

Lobe-Theater.
Täglich 7½ Uhr (II. Pr.):
„Aschenbrödel".
Mittwoch 7½ Uhr:
„Romeo und Julia".
Donnerstag 7½ Uhr:
„Liebe".

Thalia-Theater
Täglich 7½ Uhr (II. Pr.):
„Rotkäppchen".
Mittwoch und Donnerstag 7½ Uhr:
„Der Weg zur Hölle".

Schauspielhaus
Operettenbühne. Telefon 2545
Mittwoch und Donnerstag 7½ Uhr:
„Die Rose von Stambul."
Freitag 7½ Uhr:
„Die Csardasfürstin".

Liebich-Theater
Heute abends 7½ Uhr:
Berat
Ein Traum von Licht und Schönheit
(5 Abteilungen).
Paul Becker's
? Lebendes Spielzeug ?
und der glänzende
Weihnachts-Spielplan.

Ausstellung
über Pocken u. Impfwesen
Blücherplatz 6/7, I. Tor.
Geöffnet täglich von 8—3½ Uhr.
Täglich 12 Uhr mittags ärztliche Führung.
Eintritt frei.
Breslau, 17. Dezember 1917.
Der Magistrat
Amtsärztliches Dezernat und Gesundheitsamt. 8729

Zeltgarten.
Seit dem 16. Dezember:
Der neue Weihnachts-Spielplan.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Familien u. ihrer Hinterbliebenen.
Preis nur 15 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition der „Volkswacht".

Viktoria-Theater. 8451
Nur noch kurze Zeit!
Heute u. tägl. 8 Uhr:
Königin der Luft.

Deutscher Kaiser. 8738
M M
Theater-Varieté
Jeden Abend ½8 Uhr:
Das Kind der Kompagnie
mit Max als Anton
und das übrige gr. Weihnachts-Programm.
Vorverkauf Barasch.

Café und Kabarett „Fürst Blücher"
Künstler-Konzert
Abends 7 Uhr ab:
Kabarett mit erstklassigen Kunst-Kräften. 8683
Eintritt frei!
Sonn- u. Feiertags: 2 Vorstellungen.

Dominikaner!!
Altbekanntes Familien-Varieté.
Neu! Endlich allein. Neu!
Neu! Kamrad Schrupp! Neu!
Das reizende Damen-Sechstett.
Jeden Mittwoch 4 Uhr 8568
„Gemütlicher Kaffeeklatsch."
Erwachsene auf allen Plätzen 1½ Pfg.
Kinder mit Eltern 10 Pfg.
Ausschneiden!
Diese Annonce gilt für Mittwoch nachmittag für Erwachs. z. freien Eintritt.

Arbeiter-Frauen
begeht Euch bei Einkäufen auf der „Volkswacht".

Bringt Ketten und Ringe der Goldankaufsstelle! Der volle Goldwert wird vergütet.

Die städt. Holzspaltanstalt Niedergasse 10
liefert 6·95
1 Sack klein gespaltenes Holz frei Haus zu 2.30 Mk.
bei Selbstabholung in der Anstalt Niedergasse 10 zu . . . . . 2.20 Mk.
Bestellungen durch Postkarte oder Fernsprecher Postamt 6641 und Magistrat 61 erbeten.
Zahlung ist nur gegen Empfang der gedruckten Bescheinigung der Anstalt zu leisten.

MOEBEL
vornehme 7936
Wohnungs-Einrichtungen
streng solide Preise Besichtigung erbeten
ca. 200 Muster-Zimmer
JOSEF HIRSCH
Breslau, jetzt Gartenstraße 42, Ecke Agnesstr.

Musik-Haus Melzer
Telephon 7181
Nr. 36 Friedrich-Wilhelmstr. Nr. 36
Ecke Dessauerstraße
Größte Auswahl in allen Musikinstrumenten
als
Sprechapparaten, Schallplatten Lauten, Gitarren, Zithern Mandolinen, Mundharmonikas etc.
Mäßige Preise
038 Beachten
Sie bitte meine 4 Schaufenster!

Für
Erinnerungsbilder
aus
grosser Zeit
ist eine
Kleine Waffenrock-Camera
sehr begehrt.
Zur Aufbewahrung von Kriegs-Erinnerungen
Albums für Bilder u. Postkarten
in zeitgemäßen Mustern.
Auf Wunsch reichhaltige Preisliste. 6050
Fischer & Comp.,
BRESLAU I, Taschenstraße 25.
Photo-Artikel größtes Lager am Platze.

Corsetts
für den Weihnachtstisch
Unterröcke — Untertaillen — Strümpfe
in größter Auswahl
Louis Freudenthal
Breslau, Ohlauerstraße 80. Telephon 7047.

Sehprüfung verlangt langjährige Erfahrung in der Brillenoptik.
Fachmann seit 1877.
Optiker **Garai**, Albrechtstraße 3.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate
in der Volkswacht kosten die kleine Zeile
nur 20 Pfennige

1 Müller u. 3 kräftige Frauen
stellt sofort ein 8751
Anwandmühle, Werderstraße.

Betriebsschlosser
welcher im Dampfrohrlegen bewandert ist
wird sofort gesucht. 8745
Gebr. Heymann
Stroh- und Filzhut-Fabrik : Kloster-Strasse 80.

Am Strieganer Platz
einfache, saubere, ehrliche Logisfrau
gesucht. Offerten an 8750
Mutterschutz, Garvestraße 29.

Zeitungsträgerinnen
tüchtig und zuverlässig, für innere Stadt gesucht.
Expedition der „Volkswacht",
Neue Graupenstraße 7, I. rechts.

1 Zigarrenmacherin od. Zigarrenmacher
kann sich bald meld. Matthiasstr. 189. 8736

Kultur und Nation
Preis 15 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition

Kauf

Kaufe alte Grammophonplatten
jeder Art. 7300
auch in zerbrochenem Zustande, zu höchst. Preisen, auch Zithern, Sprechapparate u. andere Musikwerke.
Musikhaus Albert Jeske
Friedrich-Wilhelmstr. 89
Telephon 7209.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

(Mitteilungen aus den Direktionsbureaus.)

* **Stadt-Theater.** Heute nachmittag 3 Uhr: „Was Hans und Lieisel im Zauberwald erlebten". Abends 7 Uhr: „Martha". Donnerstag abend 7 Uhr: „Figaros Hochzeit". Freitag abend 7 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen". Sonnabend nachmittag 3 Uhr: „Was Hans und Liesel im Zauberwald erlebten". Abends 7 Uhr: „Der fliegende Holländer".

* **Lobe-Theater.** Von heute nachmittag an wird täglich bis zum Schluß der Weihnachtsferien „Aschenbrödel" gespielt. Abends 7½ Uhr: „Romeo und Julia". Sonnabend und Sonntag Gastspiel des Herrn Oskar Will als Giebeche in Blumenthal und Kadelburgs Schwank: „Im weißen Rößl".

* **Thalia-Theater.** Von heute nachmittag ab wird täglich bis zum Schluß der Weihnachtsferien „Rotkäppchen" gespielt. — An jedem Abend dieser Woche Beginn 7½ Uhr: „Der Weg zur Hölle". — Am ersten Weihnachtsfeiertag abend wird in neuer Einstudierung Ohner's „Hüttenbesitzer", am zweiten Feiertag abend „Die beiden Klingsberg" von Kotzebue gespielt.

* **Schauspielhaus.** Mittwoch und Donnerstag: „Die Rose von Stambul". Freitag „Die Csardasfürstin". Sonnabend und Sonntag: „Die Rose von Stambul". Sonntag nachmittag: „Der Raketbinder". Montag geschlossen. — An den beiden Weihnachtsfeiertagen Dienstag und Mittwoch: „Die Rose von Stambul". Dienstag nachmittag: „Die Kaiserin". Mittwoch nachmittag: „Die Förster-Christel".

* **Liebich-Theater.** Allabendlich 7¾ Uhr der große Weihnachts-Spielplan. An beiden Weihnachtsfeiertagen finden je zwei Vorstellungen statt. Der Vorverkauf dazu hat bereits begonnen.

* **Theater M. M.-Varieté „Deutscher Kaiser".** Allabendlich 7½ Uhr das groß neue Weihnachts-Programm.

* **Tauentzien-Theater.** Morgen Donnerstag zum letzten Male: „John Riew", die ergreifende Schicksalstragödie eines jungen Mädchens. Außerdem das Lustspiel „Bravo Albert", sowie „Kapitän Brogg auf dem Neger-[illegible]".

Beilage.

Mittwoch, den 19. Dezember 1917.

An unsere Leser.

Preiserhöhungen für Druckmaterial und höhere Löhne zwingen uns wie alle übrigen Zeitungen, eine

Abonnements-Erhöhung

vorzunehmen.

Die „Volkswacht“ kostet vom 1. Januar 1918 an:

beim Abtrag:		durch die Post:	
wöchentlich	30 Pf.	monatlich	1.25 Mk.
monatlich	1,20 Mk.	vierteljährlich	3,75 „
vierteljährlich	3,60 „		

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Dezember.

Die Landes-Versicherungsanstalt Schlesien im Jahre 1916.

Der Krieg lastet auch schwer auf der Landesversicherungsanstalt Schlesien. Die Ausgaben sind ganz bedeutend gestiegen, die Einnahmen aus Beiträgen dagegen nur wenig, weil ja ein großer Teil der Versicherten im Felde steht. Trotzdem hat die Anstalt im Jahre 1916 noch einen Ueberschuß von 3½ Millionen Mark gemacht; freilich vor dem Kriege betrug der Ueberschuß manchmal 10 Millionen Mark und mehr.

Am Montag hielt die Landesversicherungsanstalt im Breslauer Verwaltungsgebäude ihre Jahresversammlung ab, woran der Ausschuß und der Vorstand teilnahmen.

Der stellvertretende Vorsitzende, Landesrat Wimmer, berichtete zuerst, die Anstalt habe auf die 6. und 7. Kriegsanleihe zusammen 30 Millionen Mark gezeichnet, im ganzen auf alle bisherigen Anleihen 90 Millionen Mark.

Ueber die Ausführung der Ausschuß-Beschlüsse berichtet ebenfalls Landesrat Wimmer. Er betont u. a., daß von den seiner Zeit für Kriegswohlfahrtspflege bewilligten 7.260.000 Mark bis Ende 1917 7.077.000 Mark ausgegeben sind. Es bleiben deshalb für 1918 nur noch 182.357 Mark. Um den dringendsten laufenden Ausgaben für Kriegswohlfahrtspflege (Ehrengaben usw.) auch ferner gerecht zu werden, mußte man verschiedene Ausgaben erheblich einschränken, besonders die Beihilfen an die gemeinnützigen Vereine. Die Ehrengaben sollen aber unter allen Umständen weiter gezahlt werden. Weil die Mittel aber nicht ausreichen, muß ein entsprechender Antrag an das R.-V.-A. gestellt werden.

Zum Geschäftsbericht erwähnt Landesrat Wimmer u. a. der Geschäftsumfang habe sich gegen die Friedenszeit bedeutend gesteigert. Die erhöhte Arbeitslast mußte eine erheblich verringerte Beamtenschaft in Gemeinschaft mit Hilfskräften bewältigen. Die Einnahmen an Beiträgen sind gegen das Jahr 1913 um 2 Prozent gefallen, die Einnahme an Zinsen dagegen von 4.700 000 Mark auf 5 600 000 Mark gestiegen; die Rentenleistungen sind von 8½ Millionen im Jahre 1913 auf 11½ Millionen Mark im Jahre 1916 gestiegen. Ebenso stieg die Ausgabe für das Heilverfahren auf mehr als 4½ Millionen Mark. Die gesamten Jahresausgaben stiegen während des Krieges von reichlich 12 Millionen Mark auf 18 180.000 Mark. Das Vermögen ist nicht so stark gewachsen wie in den Friedensjahren, zuletzt 1916 um 3½ Millionen Mark, während es früher bis zu 10 Millionen Mark waren, um die das Vermögen in einem Jahre gestiegen ist.

In der Aussprache wies Stadtrat Neukirch darauf hin, daß die Invaliden- und Altersrenten, auch die Witwen- und Waisenrenten längst viel zu niedrig sind und das Reich endlich daran gehen müsse, sie zu erhöhen. Die Tatsache, daß die Anträge auf Heilverfahren bedeutend gestiegen sind und die meisten Heilverfahren wegen Lungenschwindsucht übernommen werden müssen, sie zwinge uns dazu, die Ausgaben dafür immer mehr zu erhöhen. Diese Ausgaben für das Heilverfahren seien gut angelegt und dringend nötig.

Faktor Kwasniok-Kattowitz betonte, die vielen Heilverfahren seien hauptsächlich auf die Unterernährung zurückzuführen.

Landesrat Wimmer gibt zu, daß sich die Ausgaben in Zukunft noch mehr steigern würden, wenn erst die Krieger alle zurückkehren. Die Erhöhung der Renten um 50 Prozent habe der Reichstag beschlossen. Eine Versammlung der Versicherungsanstalten habe darauf die Erhöhung als nötig anerkannt, aber gesagt, die Kosten müsse das Reich tragen, weil die Ursache der Erhöhung im Kriege zu suchen sei.

Knappschaftsdirektor Milde-Tarnowitz meint, die Zahlen ergeben, daß im Regierungsbezirk Oppeln verhältnismäßig mehr Invalidenrentenanträge abgelehnt würden, als in den Regierungsbezirken Breslau und Liegnitz. Landesrat Wimmer bemerkt hierzu, es könne aus diesen Zahlen nicht gefolgert werden, daß dies mit Absicht geschehe; es würden nur in Oberschlesien mehr unbegründete Anträge erhoben.

Knappschaftsdirektor Milde erwidert, daß vielleicht die ärztlichen Gutachten in Oberschlesien noch schärfer als in anderen Gegenden seien.

Faktor Kwasniok-Kattowitz glaubt ebenfalls, daß nur die Aerzte daran schuld seien, daß in Oberschlesien noch weniger Renten als in den übrigen Bezirken bewilligt werden. In demselben Sinne äußerte sich noch Stadtrat Neukirch.

Der Voranschlag für 1918 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 29.315.000 Mark festgesetzt. Zur Errichtung von Beratungsstellen für Geschlechtskranke sieht der Voranschlag 30 000 Mark vor. In nächster Zeit sollen Beratungsstellen in Breslau, Görlitz, Beuthen OS. und Neisse errichtet werden. Schon jetzt seien etwa 220 Meldungen von Geschlechtskranken eingegangen. Nach Eröffnung der Beratungsstellen würden die Meldungen bedeutend zunehmen. Der Ausschuß beschloß hierzu auf Antrag des Vorstandes, notwendige Heilverfahren für Geschlechtskranke mit allen Kosten zu übernehmen, aber die Hälfte dieser Kosten habe die Gesamtheit der Krankenkassen zu tragen. Hierdurch werde vor allem die Verschwiegenheit über die Geschlechtskranken gewahrt. Die Vertreter der Krankenkassenverbände Schlesiens hätten sich damit bereits einverstanden erklärt.

Zur Kriegswohlfahrtspflege, wofür es an weiteren Mitteln fehlt, beschloß der Ausschuß, 600 000 Mark zu bewilligen und beim Reichsversicherungsamt die Genehmigung zu dieser Ausgabe einzuholen.

Das Grundstück in Breslau, Höfchenstraße 106, wurde für 190.000 Mark angekauft.

Die Baukosten für das neue Genesungsheim in Buchwald im Riesengebirge sind wegen der Kriegsteuerung um 40.500 Mark überschritten worden. Der Ausschuß bewilligte diesen Betrag.

Die Verhandlungen der Jahresversammlung des Ausschusses dauerten von 12 Uhr mittags bis 3½ Uhr nachmittags. Der Ausschuß besteht aus je 20 Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten, die über die ganze Provinz verteilt sind.

Die Kohlennot in Breslau.

Eine Anfrage in der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Kohlennot droht in diesem Winter noch größer zu werden, als im vorigen Winter. Der stellvertretende kommandierende General fordert deshalb auf, nicht nur wochentags, sondern auch Sonn- und Feiertags bei der Kohlenförderung, beim Beladen und Entladen von Kohlenwagen zu helfen.

Inzwischen hat der liberale Stadtverordnete Wolf gemeinsam mit zehn anderen Stadtverordneten folgende Anfrage eingebracht:

„Welche Schritte hat der Magistrat unternommen und gedenkt er fernerhin zu unternehmen, um die Bevölkerung Breslaus vor den verhängnisvollen Folgen der bestehenden Kohlennot zu bewahren?“

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben diese Anfrage unterstützt, weil sie auch der Ansicht sind, daß es nur von Nutzen sein kann, die Ursachen der Kohlenknappheit in Breslau öffentlich und gründlich zu besprechen. Dies kann auch dem Magistrat nur recht sein, denn hier, wie auch in der Lebensmittelversorgung alle Schuld aufgeladen wird, obgleich er in vielen Stücken durchaus von höheren Gewalten abhängig ist und allein aus eigener Kraft nichts ändern und bessern kann.

Was zum Beispiel das Einschränken der Straßenbahn betrifft, so wird von sachkundigen Leuten erklärt, daß selbst durch das völlige Einstellen des Betriebes eine irgendwie nennenswerte Kohlenersparnis nicht erreicht wird. Das städtische Elektrizitätswerk verbraucht täglich ungefähr 250 Tonnen Kohlen; auf die Straßenbahn fallen davon sage und schreibe 18 Tonnen; also ein verschwindend kleiner Teil des gesamten Kohlenbedarfs. Mit allen Einschränkungen des Straßenbahnbetriebes, ja mit dem gänzlichen Einstellen ist gar nichts erreicht. Das muß doch endlich an den Stellen eingesehen werden, die in der Kohlenzuweisung maßgebend sind. Man denkt da in erster Reihe an den Reichskohlenkommissar in Berlin.

Vom Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung kann und darf aber die Bürgerschaft verlangen, daß sie in der Kohlenfrage so kräftig wie möglich auftreten und den oberen Behörden eindringlich zu Gemüte führen, was auf dem Spiele steht. Es kann den Bürgern nicht verstanden werden, daß ausgerechnet Breslau, nur wenige Stunden von den Kohlenbezirken entfernt liegend, schlechter mit Kohlen versorgt ist, als die Städte in Mittel- und Norddeutschland. Hier muß Verschiedenes nicht klappen. In der Stadtverordneten-Versammlung, in aller Oeffentlichkeit, muß deshalb einmal deutlich gesagt werden, wie es mit unserer Kohlenversorgung bestellt ist.

Die Höchstpreise für Kriegsschuhe.

Der Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie hat jetzt die angekündigten Höchstpreise für Kriegsschuhwerk festgesetzt.

Für Kriegsschuhwerk A (mit geschnittener starrer Vollholzsohle):

	Größe:	25/26	27/30	31/35	36/39	40/42	43/47
Gestehungspreis	Mark:	6,35	7 5	8 65	9 70	11 —	12.—
Kleinverkaufspreis	Mark:	9,—	16,70	12,35	13 75	15,60	17.—

Für Kriegsschuhwerk B (mit gedrehter starrer Vollholzsohle):

	Größe:	25/26	27/30	31/35	36/39	40/42	43/47
Gestehungspreis	Mark:	7 25	8 55	9 60	11 —	12 70	13 70
Kleinverkaufspreis	Mark:	10 30	12,10	13 60	15 55	18 —	19 40

Auf die schon sehr gesalzenen Preise kann der Ueberwachungs-Ausschuß mit Antrag in bestimmten Fällen Zuschläge bis 15 v. H. auf den Gestehungspreis ausnahmsweise bewilligen. Die Preise sind für alle vom 1. Januar ab den Händlern in Rechnung gestellten Lieferungen giltig. Die Hersteller von Kriegsschuhwerk A und B sind verpflichtet, alle Größen von 25—47 herzustellen.

Luxus-Uniformen verboten.

Der stellvertretende kommandierende General des 6. Armeekorps verbietet jetzt die Herstellung von kleinen Röcken, Friedenswaffenröcken und Uniformen aller Art (blau usw., Feldröcke), sowie von sogenannten Sommeruniformen, desgleichen jede Veräußerung derartiger Kleidungsstücke, soweit sie zurzeit des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung noch nicht getragen worden sind.

Verboten wird ferner jede Anfertigung von eigenen Uniformen und eignen Mützen für Unteroffiziere und Mannschaften, einschließlich Fähnriche und Offizieraspiranten, mit Ausnahme der auf Selbstbeschaffung der Uniform angewiesenen gehaltempfangenden Unteroffiziere und Beamtenstellvertreter, desgleichen jede Veräußerung derartiger Bekleidungsstücke, soweit sie zurzeit des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung noch nicht getragen worden sind, und endlich jede Aenderung an den Unteroffizieren und Mannschaften gelieferten Dienstbekleidungsstücken.

Diese Verbote erstrecken sich auf alle Schneider und Mützenmacher, gleichviel ob die verarbeiteten oder zu verarbeitenden Stoffe aus Beständen des Kriegsbekleidungsamtes herrühren oder nicht.

Die Verbote kommen reichlich spät, denn wie der Augenschein lehrt, haben sich die Herren Militärs gehörig mit Luxusuniformen versorgt.

Die Beschlagnahme der Türklinken.

Unter Vorsitz des Ministerialdirektors Müller fanden, wie Berliner Blätter melden, im Reichsamt des Innern und später im Kriegsministerium wegen der Beschlagnahme der Türklinken und Fensteroliven für Heereszwecke Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden, des Deutschen Wirtschaftsbundes und der Wirtschaftlichen Vereinigung des Bundes Berliner Grundbesitzervereine statt. Das Ergebnis der Besprechungen war, daß volle Uebereinstimmung für die Grundsätze, nach denen die Enteignung durchgeführt werden soll, zwischen den ausführenden amtlichen Organen und dem Hausbesitz erzielt wurde.

Die Breslauer Krankenkassen im September.

Die unter Aufsicht des Versicherungsamts stehenden Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen hatten Anfang September 144 906 Mitglieder (57 595 männlich, 87 311 weiblich); zur selben Zeit des Vorjahrs waren es 145 907 (62 309 männlich, 83 598 weiblich). Die männlichen Mitglieder haben also binnen Jahresfrist um rund 5000 abgenommen, die weiblichen um 4000 zugenommen.

Vorstellung für Rüstungsarbeiter.

Am kommenden Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags 2 Uhr, gelangt im Stadttheater die beliebte Oper „Martha“ für die kriegsbeschäftigten Arbeiter zur Aufführung. Die Billets dazu müssen aber ausnahmsweise schon Freitag nachmittag von 4 bis 6 Uhr ausgegeben werden.

Die Vorstellungen für Rüstungsarbeiter wie für den Bildungs-Ausschuß werden voraussichtlich fortan stets Sonntags nachmittags um 2 Uhr stattfinden. Absolut pünktliches Erscheinen ist nötig, da die Türen um Punkt 2 Uhr geschlossen werden.

Weihnachts-Urlaub.

Nach einer Verfügung des Kriegsministeriums wird das Urlaubsverbot für das Besatzungsheer insoweit gemildert, als es gestattet wird, verheiratete Angehörige des Besatzungsheeres für die Weihnachtszeit in begrenztem Maße zu beurlauben, wenn der Urlaubsort nicht über 300 Kilometer von der Garnison entfernt liegt.

In erster Linie werden Personen berücksichtigt, die in den letzten Jahren das Weihnachtsfest nicht bei ihren Angehörigen verleben konnten. Um eine plötzliche Belastung der Bahn zu vermeiden, erfolgt die Beurlaubung in zwei Raten. Der erste Teil der Urlauber tritt je zur Hälfte am 19. und 20. Dezember seine Reise an und kehrt am 27. und 28. Dezember je zur Hälfte zurück. Für den zweiten Teil sind bestimmte Tage zur Rückkehr nicht vorgeschrieben, er hat seine Reise am 29. und 30. Dezember je zur Hälfte zu beginnen. Die Urlaubseinschränkung ist außerdem noch dahin gemildert worden, daß in dringenden Fällen jeder Heeresangehörige im eigenen wirtschaftlichen Interesse beurlaubt werden kann, wenn die Dringlichkeit durch das Generalkommando anerkannt wird.

Meldungen zur Rekrutierungs-Stammrolle.

Alle in den Jahren 1898, 1897, 1896 oder früher geborenen, im Stadtkreise Breslau sich aufhaltenden Militärpflichtigen, die sich bisher nicht gestellt oder gemeldet haben, sowie die, welche beim Musterungsgeschäft als vorläufig zurückgestellt oder zeitig kriegsuntauglich befunden wurden, werden aufgefordert, sich zur Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle im St. Vincenzhause, Seminargasse 1/3, Erdgeschoß, zu melden. Zur Meldung verpflichtet sind auch diejenigen, die im Besitze des Berechtigungsscheines sind oder einen solchen noch erwerben wollen. Die Meldung erfolgt nach Polizeikommissariaten. Näheres wird noch bekannt gegeben werden.

* **Eisenbahner-Versammlung in Brockau.** Am Montag fand in Brockau eine öffentliche Eisenbahner-Versammlung in Baums Lokal statt, die zahlreich besucht war. Kollege Fuhrmeister-Breslau hielt einen Vortrag über: „Die Zukunft der Eisenbahner“, die bis jetzt immer das fünfte Rad am Wagen, schutz-, recht- und machtlos waren. Staatsbürgerliche Freiheiten waren den Eisenbahnern bisher so gut wie ganz verboten. Erst der Krieg und mit ihm die Worte: „Ich kenne keine Parteien mehr!“ haben den Eisenbahner angeregt, über seine Lage nachzudenken und den Gedanken nach einer wirklichen Organisation reifen lassen. Und gerade in dieser schweren Zeit, wo der deutsche Eisenbahner doppelt seine Pflichten erfüllen muß, soll er auch seine Rechte fordern. Da gilt es in erster Linie, die Löhne aufzubessern und sich politisch zu betätigen. In den Gemeindevertretungen waren die Eisenbahner so gut wie ganz ausgeschaltet. Und doch wäre es gerade in Brockau mit seiner großen Eisenbahner-Bevölkerung nötig, daß sie in der Gemeinde eine Vertretung besitzen. Mit dem Wunsche, daß alle Eisenbahner den Wert der Organisation erkennen und sich im Deutschen Eisenbahner-Verbande zusammenschließen mögen, schloß der Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. An der Aussprache beteiligten sich drei Kollegen im Sinne des Referenten. Kollege Förster schloß seinen Appell an die im Eisenbahndienst stehenden Frauen und forderte sie zum Eintritt in den Deutschen Eisenbahner-Verband auf, der im Gegensatz zu dem bisher bestehenden Trierer Verbande für seine Mitglieder wirtschaftliche Vorteile und politische Gleichberechtigung zu erringen sucht. Zwanzig Neuaufnahmen waren der Erfolg der gut verlaufenen Versammlung.

* **Kriegsgemüseland.** Südlich der Güter-Umgehungsbahn am Fuße der Riemann-Höhe, auf der Körner-Wiese, sind noch einige Stücke zu vergeben. Bewerber müssen sich bei der städtischen Gartendirektion, Breitestraße 25, Kellergeschoß rechts, oder der Parkinspektion Südpark, Ende Hohenzollernstraße, Geschäftszimmer, oder bei dem Kurator der Körnerwiese, Blumenhändler Kraetzig, Kaiser-Wilhelmstraße 58, umgehend melden.

* **„Kohlespende“.** Wie uns mitgeteilt wird, besteht die Absicht, 3000 armen Familien am heiligen Abend eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten. In zehn Küchen des Nationalen Frauendienstes, die auf den zur Ausgabe gelangenden Gutscheinen näher verzeichnet sind, werden je 300 Familien am 24. Dezember mittags in der Zeit von 11 bis 12½ Uhr ein kräftiges Essen mit Wurst sowie Pfefferkuchen erhalten. Gleichzeitig wird jeder Familie ein Gutschein auf einen Zentner Kohle beschert, für den sie bei dem Kohlenhändler, in dessen Kundenliste sie eingetragen sind, einen Zentner Kohle unentgeltlich in Empfang nehmen können. Mit Rücksicht darauf, daß die Zahl derer, die in dieser ernsten Kriegszeit aus eigenen Mitteln sich schwerlich diesen teuren Brennstoff kaufen können, sehr groß ist, können Kriegerfamilien leider bei der Verteilung nicht Berücksichtigung finden.

Sollten, wie zu erhoffen ist, die Spenden reichlich eingehen, so könnte die Zahl der Bedachten noch vermehrt werden.

* **Für den Schlafwagenverkehr Breslau-Berlin.** Das Verkehrsamt der Stadt Breslau schreibt uns: Der Schlafwagen in dem Personenzuge 230, der um 11,16 abends von Breslau nach Berlin abgeht und in Berlin Friedrichstraße, um 9.12 vormittags eintrifft, kann neuerdings schon von 10 Uhr abends an benutzt werden. Die Reisenden, die von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wollen, haben sich bei dem diensthabenden Stationsbeamten des Bahnsteiges 2 in Breslau zu melden und werden von dem Pförtner nach dem Wagen begleitet. Ein Besteigen des Wagens ohne diese Begleitung ist nicht gestattet, ebenso darf der Wagen nach dem Besteigen nicht nochmals verlassen werden. Die Benutzung dieses Schlafwagens an sich ist jetzt von besonderem Vorteil, weil der Zug frei von den teuren Schnellzugszuschlägen ist.

* **Verlorenes Geld.** Abhanden gekommen ist am 13. Dezember auf dem Wege von der Kaiser-Wilhelm-Straße nach dem Stadttheater ein Geldtäschchen mit 172 Mark; am 14. Dezember auf der Gartenstraße ein Geldtäschchen mit 350 Mark.

* **Feuer.** In der Packstube des Herz & Ehrlich'schen Geschäfts, Ring 9, im 1. Stock, brach, vermutlich durch eine fehlerhafte Schornsteinanlage oder Feuerungsanlage, am Montag abends 10½ Uhr Feuer aus. Der Brand, der anfänglich recht beträchtlich erschien, da altes Packstroh und anderes Packmaterial dem Feuer reiche Nahrung boten, hat einen nur unbedeutenden Schaden an Sachen und Gebäude verursacht. Die Feuerwehr [illegible] nachts an [illegible]

* **Plötzlicher Tod.** Eine Bischofstraße 26 wohnhafte, etwa 45 Jahre alte Witwe, deren Sohn im Felde stand und gegenwärtig in einem hiesigen Krankenhause liegt, wurde am 18. Dezember auf der Lützowstraße plötzlich vom Schlage getroffen und verstarb alsbald.

* **Eine Brieftasche mit 60 Mark** wurde aus einer Wohnung Friedrich-Karl-Straße 13 gestohlen.

* **Geflügeldiebstähle.** Am 16. Dezember ist von dem Kohlenhof Bunsenstraße 9 eine 15 Pfund schwere Gans mittels Einbruchs gestohlen worden. — In der Nacht zum 18. Dezember sind Diebe in den Geflügelstall auf dem Dominium Brandschütz bei Neumarkt eingebrochen und haben 3 Gänse, 6 Enten und 6 Hühner erbeutet.

* **Taschendiebstähle.** Am 14. Dezember ist in einem Fleischerladen auf der Hummerei einer Frau aus der Handtasche ihr Geldtäschchen mit 40,60 Mark entwendet worden. In einem Warenhause auf der Schmiedebrücke wurde einer Arbeiterin ihre grüne Geldtasche mit 15 Mark aus der Tasche gestohlen.

* **Festgenommene Kellerdiebe.** Dieser Tage wurden zwei Arbeiter, ein Glaser, ein Maurer, ein Schleifer und zwei Arbeiterinnen, die an Kellereinbrüchen die in letzter Zeit verübt worden sind beteiligt waren, verhaftet. Sie haben in erster Reihe Lebensmittel und Getränke erbeutet, so in einem Falle Waren im Werte von 2000 Mark. Ferner sind durch die Bande einer Plättanstalt Wäschestücke im Werte von 300 Mk., sodann in Carlowitz eine Ziege, 170 Mark Wert und endlich und aus einem Vorratsraum Kaffee-Ersatz und Zucker gestohlen worden. Die Kellerdiebstähle haben die Festgenommenen schon seit Anfang August betrieben.

* **Einbruchs-Diebstähle.** Am 13. Dezember sind aus einer Wohnung Briegerstraße 75 durch Einbruch ein Paar Schnürschuhe, ein Paar Schaftstiefel, ein Paar Handschuhe, ein Kästchen Zigaretten, ein Taschenmesser, ein Rucksack und ein Stück Seife gestohlen worden. — In der Zeit vom 13. bis zum 16. Dezember wurde aus einer Mansardenstube Kurfürstenstraße 8 ein neuer Sommerüberzieher und ein bereits gebrauchter grauer Sommerüberzieher gestohlen. — Aus einem Keller Vorwerkstraße 71 wurden 8 Zentner Kohle gestohlen. — In der Nacht zum 16. Dezember ist in dem Hause Gräbschenerstraße 4 eine Schaufensterscheibe eingeschlagen worden und es sind aus der Auslage Zigarren und Tabakspfeifen im Werte von 94 Mk. entwendet worden. — Am 17. Dezember sind aus einer Wohnung Fichtestraße 4 drei Kriegsanleihescheine, einer über 200 und zwei über je 100 Mk., ferner eine goldene Damenuhr, zwei Jubiläums-Zweimarkstücke, ein Zehnmarkschein, zwei Fünfmarkscheine, drei Einmarkscheine, ein eisernes Kreuz zweiter Klasse, 3½ Pfund Mehl und fünf Pfund Bohnen gestohlen worden.

Breslauer Dichterschule.

Um ihre Mitglieder zu Worte kommen zu lassen, ihre dichterischen Erzeugnisse nicht nur in den engen Räumen eines Vereinslokals, sondern darüber hinaus vor den kritischen Ohren der Oeffentlichkeit zu Gehör zu bringen, veranstaltet die „Breslauer Dichterschule“ in diesem Winter sechs Vortragsabende, von denen der erste bereits stattgefunden hat. Der zweite spielte sich in dem großen Mozartsaale der Herrmannloge ab und befaßte sich mit Dichtungen des Herrn Direktor Dr. Theodor Loewe und des Herrn Walter Meckauer. Die Lyrik des auch in der Literatur wohlbekannten Theaterleiters zeigt eine fertige Physiognomie und in der Kontur ein festes Gefüge; ungemein zahlreiche sprachliche Schönheiten erheben die Gedichte über billige Reimspielerei und alltägliche Stimmungsmache. Gelesen wurden sie von den Herren Halpern und Hohow recht eindringlich. Herr Hohow gliederte den Loewe'schen Poesien unmittelbar die Meckauer'schen an. Auch der Lyriker Meckauer gibt sich als eine Persönlichkeit; er ist vielleicht noch nicht geschlossen und überzeugend genug; aber seine Geistesprodukte weisen bereits bedeutungsvolle Linien auf. Seine Rhythmen sind wohl geordnet und dichterisch tief. Man hörte ferner eine sehr fesselnde Novelle, „Der Sehnsucht“, mit einer aktuellen (Weihnachts-) Pointe und den ersten Akt einer legendären Handlung, „Der gelbe Mantel“. Aus dem Torso war natürlich die Gestalt des Ganzen nicht absolut erkennbar; man hörte Dialoge von mehr philosophischem als dramatischem Charakter, mußte aber auch hier eine nicht alltägliche Begabung anerkennen. Der Beifall war recht lebhaft. H. M.

Eingesandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir bisweilen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.)

Eine Bitte an den Magistrat.

Die nichteingezogenen städtischen Beamten und Arbeiter erhalten wieder Teuerungszulagen, während die eingezogenen städtischen Arbeiter, die das Vaterland schon über 3 Jahre beschützen, Leben und Gesundheit für alle opfern leer ausgehen. Sind deren Familien nicht auch einer einmaligen Unterstützung bedürftig, da wir doch für Lebensmittel, Kohlen usw. dieselben hohen Preise zahlen müssen, wie diese? Darum bitten wir den Magistrat, den Kindern der städtischen Arbeiter, deren Väter im Felde sind, auch eine Weihnachtsfreude zu machen. Frau P.

Briefkasten.

M. Schw. Anfragen ohne genaue Namensunterschrift und Wohnungsangabe beantworten wir nicht; wie oft sollen wir das noch sagen.

P. P. Zahlen Sie nicht, sondern gehen Sie aufs Kriegsamtsamt und ersuchen Sie dort um Beistand.

Gefr. W. G. 210. Wir wollten mit unseren Antwortzeilen in der Hauptsache sagen, daß diese Angestellten nach dem Kriege wieder in die alten Stellen aufgenommen werden sollen; eine gesetzliche Verpflichtung dazu besteht allerdings nicht. Ihre Anregung wollen wir gern entsprechen und die Sache an die rechte Stelle weitergeben.

Gefr. R. P. Was wir dazu meinen? Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen.

Landstm. W. W. Ein Vormund wird schon bestellt gewesen sein; näheres darüber hören Sie vom zuständigen Amtsgericht. Im übrigen müssen Sie uns genau angeben, worüber Sie Auskunft wünschen.

R. in Ellguth. Der Preis beträgt 1.80 Mk., das Porto 30 Pfg.

Mühlredlitz. Wir empfehlen Ihnen, sich beim Landrat oder Regierungspräsidenten zu beschweren. Ob Sie die Verträge wechseln dürfen, können wir Ihnen nicht sagen, denn wir kennen Ihre Verträge nicht, die Sie unterschrieben haben.

Füsilier Sch. § 18: chronisches Nervenleiden, § 19: Herzfehler, Eindrücke oder Gewebeverluste am Schädel, die das Tragen der militärischen Kopfbedeckung erschweren, d. a. v. H.: dauernd arbeitsverwendungsfähig Heimat.

F. G. 292. Nach unserer Ansicht müßten Ihnen die Sachen ersetzt werden; schreiben Sie an die Regierung.

P. D., Holteistr. Wenn Kinder nicht vorhanden sind, erbt die Ehefrau neben den Eltern und Geschwistern die Hälfte, außerdem hat sie noch Anspruch auf Möbel und Hausgerät und die Hochzeitsgeschenke.

E. W. T. C. Nein, die Unteroffizierslöhnung ist in diesem Falle nicht zu zahlen.

F. S., Sergeant. Gewiß, es müßte an den Gemeindevorstand geschrieben werden, daß er die Sache in die Hand nimmt.

Walter Ottmuth. Nicht Sie haben in diesem Falle recht, sondern der Landrat. Ihre Mutter kann leider die Aufwandsentschädigung nicht bekommen.

P. Sch., Groß-Strehlitz. 1. Wenden Sie sich an Herrn Klose in Königshütte, Kreuzstr. 2a. 2. Nach unserer Berechnung müßte Ihr Arbeitslohn monatlich 116 Mk. betragen. Wegen des fehlenden Betrages müssen Sie zunächst an den dortigen Magistrat herangehen, wenn das nichts nützt, an den Lieferungsverband (Landrat).

Th., Frankfurterstr. 1. 60 Pfg. für ein Pfund. 2 u. 3. Der Höchstpreis für ein Pfund gelbe Kohlrüben beträgt im Breslauer Kleinhandel 7 Pfg., für weiße Kohlrüben 8 Pfg. 4. Ja, ohne Fleischmarken. 5. Bei der Preisprüfungsstelle des Magistrats Breslau.

D., Kl. Steinauerstr. Gehen Sie ins Bureau Schmiedebrücke 29b und stellen Sie in jedem Falle Antrag auf Wehrunterstützung. Nehmen Sie einen Brief mit, aus dem hervorgeht, daß Ihr Bräutigam die Vaterschaft anerkennt. Alles Weitere wird sich dann von selbst ergeben.

R. in Wartosch. 1. Das ist ein Irrtum, daß 5 Mk. zugelegt werden müssen; das steht nirgends geschrieben. Wie hoch die Zulage ist, das bestimmt der Lieferungsverband (Landrat). Nach Ihren Angaben ist ja die Zulage sehr gering; wir empfehlen Ihnen deshalb, an den Landrat zu schreiben. 2. Die Zeitung wird alle Tage pünktlich an Sie abgeschickt. Beschweren Sie sich bei der Post.

P. K. M. Diese Kosten wird gewiß die Heeresverwaltung tragen; schreiben Sie an diese Verwaltung.

Frau L., Ofenerstr. Nein, Ihr Mann braucht nicht nachdienen; es bleibt bei dem, was wir sagten.

Schütze F. W. Ihre gesetzliche Dienstzeit ist doch zu Ende; Sie brauchen also nicht nachdienen.

Feldpost. Eingegangen von Unteroffizier Wozniak, Landwehr 10: 3 Mk., bezahlt bis 26. 1. 18. — Karl Wagner, Feldpost 48: 3 Mk., bez. bis 7. 3. 18. — Karl Welzer: 3 Mk., bez. bis Ende November. — August Hänisch, Gempersdorf: 2 Mk. erh., bis 15. 2. 18 bez. — Armierungssoldat Karl Kunze: 3 Mk. erh., Zeitung geht täglich ab. — R. 48: Ihre Zeitung ist bis 16. 1. 18 bez. und wird täglich abgeschickt. — Walter Jäkig, Armier. 96: 1 Mk. erh., bis 17. 1. 18 bez. — Kanonier Michalski: 3 Mk. bis 12. 3. 18 bez. — Dragoner Schildhauer; 2 Mk. bis 16. 2. 18, Lohnerhöhung 21. 12. eb. — Ref. Emanuel Polital: 2 Mk. bis 5. 1. 18 bez. — Gefr. H. Pätzoldt 11/27: 1 Mk. bis 10. 1. 18 bez. — Louis Maßel 7/81: 1 Mk. bis 16. 12. bez. — Inf. Rohzyca 8/51: 1 Mk. bis 20. 12. bez. — Schütze Paul Grosser II 1/26: 2 Mk. angel. Wir quittieren nur dann, wenn es ausdrücklich gewünscht wird. — Musketier Franz Gelarh: 10/22: 1 Mk. bis 5. 2. 18 bez. — Landsturmmann Reinhold Gräber 6/334: Geld angek. — Schütze G. M.: Zeitung ist bis 3. 1. 18 bez. — F. S. 329: 1. Geld immer angel.; 2. ja. — Vizefeldwebel Alfred Figulla 7/23: 4 Mk. bis 31. 1. bez. — Unteroffizier W. Arnecke 8/2: 3 Mk. — Landsturmmann Karl [illegible] 3/425: Am 1. 11. 1 Mk. angel., Zeitung bis 17. 12. bez. — Musiker Max [illegible] mann: 1 Mk. bis 24. 12. 17 bez. — Unteroff. Gorel, Darmstadt 18/12: bis 1. [illegible] 18 bez. — Landsturmmann Friedrich Junggebauer: 3 Mk., im November [illegible] Geld angel. — Gefr. G. 254: 0,40 Mk. bis 17. 3. 18 bez. — Koziol und Steinmetz: Je 1 Mk. — Gustav Wiesner, Pferde-Depot 62: 2 Mk., bez. bis 28. 2. 18.

Weihnachts-Artikel

Laterna magica, Kinos, Dampfmaschinen, Experimentierkästen empfiehlt 8895

Rich. Fiedler, Optiker Albrechtsstraße 10, Schweidnitzerstraße 41/42.

Amtliche Anzeigen.

Anordnung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (Gesetz-Samml. S. 451) und § 1 des Gesetzes betreffend Abänderung dieses Gesetzes vom 11. Dezember 1915 (Reichsges.-Bl. S. 813) bestimme ich:

§ 1.

Jede Herstellung von kleinen Röcken, Friedenswaffenröcken und Uniformen alter Art (blau usw., Feldröcke), sowie von sogenannten Sommeruniformen wird verboten; desgleichen jede Veräußerung derartiger Kleidungsstücke, soweit sie zurzeit des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung noch nicht getragen worden sind.

Verboten wird ferner jede Anfertigung von eigenen Uniformen und eigenen Mützen für Unteroffiziere und Mannschaften einschließlich Fähnriche und Offizieraspiranten mit Ausnahme der auf Selbstbeschaffung der Uniform angewiesenen gehaltempfangenden Unteroffiziere und Beamtenstellvertreter; desgleichen jede Veräußerung derartiger Bekleidungsstücke, soweit sie zurzeit des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung noch nicht getragen worden sind, und endlich jede Aenderung an den Unteroffizieren und Mannschaften gelieferten Dienstbekleidungsstücken.

Diese Verbote erstrecken sich auf alle Schneider und Mützenmacher, gleichviel ob die verarbeiteten oder zu verarbeitenden Stoffe aus Beständen des Kriegsbekleidungsamtes herrühren oder nicht.

§ 2.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

§ 3.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Breslau, den 2. Dezember 1917.

Der stellv. Kommandierende General
Frhr. von Egloffstein
General der Infanterie.

Diese Anordnung gilt auch für den Bereich der Festung Breslau.

Breslau, den 7. Dezember 1917.

Der Kommandant.
J. V.
Graf von Pfeil,
Generalleutnant.

Diese Anordnung gilt auch für den Bereich der Festung Glatz.

Glatz, den 5. Dezember 1917.

Der Kommandant.
von Fiedler,
Oberst. 874

Aufruf.

In noch größerem Maße wie im vergangenen Jahre droht die Kohlenknappheit zu empfindlichen Störungen in der Kriegsindustrie und in der Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen zu führen.

Dem muß mit allen Kräften und Mitteln entgegen gewirkt werden. [illegible] Sonntagen, dem 23. und 30. Dezember, eine volle Kohlenförderung erreicht und die Beförderung ungehemmt betrieben wird.

Möge jeder beherzigen, daß diese Arbeit zur Abhilfe des allgemeinen Notstandes unerläßlich ist. Unsere Soldaten im Felde haben noch ganz andere Opfer an Sonn- und Festtagen zu bringen.

Die kirchlichen Behörden, der Herr Fürstbischof und das Königl. Konsistorium haben das Vorliegen eines Notstandes anerkannt.

Breslau, den 17. Dezember 1917. 8747

Der stellvertr. Kommandierende General
Frhr. von Egloffstein,
General der Infanterie.

Siebenundsechzigste amtliche Liste der Spenden zum Besten des Roten Kreuzes für die Provinz Schlesien.

In der Zeit vom 13. November bis 14. Dezember 1917 sind die nachstehend aufgeführten Spenden eingegangen:

Bei der Reichsbankhauptstelle Breslau:

Durch die Schlesische Zeitung 867,13 M. Durch die Schlesische Volkszeitung 79 M. Spende der Angehörigen der Post- und Telegraphenverwaltung des Bezirks Breslau 500 M. Stadt Schweidnitz 43,91 M. Kreis-Kommunalkasse Trebnitz 212,65 M. Durch Sparkasse Striegau 163,10 M.

Bei dem Bankhause Doberschütz und Sieltschowsky, Breslau:

Geheimer Justizrat Hugo Bieber, hier, 30 M.

Bei der Dresdner Bank, Filiale Breslau:

Dresdner Bank, Filiale Breslau, 1000 M. Bankdirektor R. Böhm, hier, 100 M. Bankdirektor F. Fränkel, hier 100 M. Frau Emilie Goy, hier, 3 M. Geh. Bergrat Remy, Lipine, 3000 M. Rittmeister E. v. Bergwelt-Baildon, Ober-Ludwigsdorf 100 M.

Bei dem Bankhause E. Heimann, Breslau:

Filder Fuchs, hier, 100 M. Rechtsanwalt Löwisohn, hier 10 M. Ungenannt 2 M. Apotheker Zimmermann in Sachen Karrasch/Gollez 10 M.

Bei dem Bankhause G. v. Pachaly's Enkel, Breslau:

Von den Beamten der H. Meinecke A.-G., hier, 9 M. + 8,25 M. = 17,25 M. Von dem Fabrikpersonal der H. Meinecke A.-G., hier, 17,60 M. Konrad Hoffmann, hier, 3 M.

Bei dem Schlesischen Bankverein, Breslau:

Direktor Paul Mantoff, New York, 200 Mk. Frau Margarete Kirchner, Sprottau, 60 Mk. Rob. Köhler, Ludwigsburg i. W., 60 M. R. Fischer, hier, Ofener Straße 93/95, 40 M. Justizrat Schönfeld, hier in einer Streitsache, 600 M. Waldemar Kuttert, hier, 250 M. M. Kuttert u. Co., hier 200 M. Apothekenbesitzer Dr. Paul Schneider, Sprottau, 1,50 M. Zusammen 8175,14 M.

Ferner für die

Volksspende zum Ankauf von Lesestoff für Heer und Flotte:

Kreis Goldberg-Haynau, 1166,64 M. Kreis Neumarkt, 2220,09 M. Zusammen 3386,73 M.

Ferner für die

Schwesternspende:

[illegible] Rybnik 304,20 Mk., [illegible] 1607,15 Mk., Brieg 1763,28 Mk., [illegible] Frauenverein, Schweidnitz-Land 300 Mk., Rybnik 60,50 Mk., [illegible] 138,94 Mk., Gr.-Strehlitz 100 Mk., Neumarkt 3742 Mk., [illegible] Trachenberg 2079,30 Mk., Hirschberg 1768,95 Mk., Brieg 20 Mk., Schwesternspende Bunzlau 2350,08 Mk., Kathol. Charitasverband Waldenburg, Weißstein, Hermsdorf und Fellhammer 1044 Mk., Dr. Walter Steinwerder, hier, 3 Mk., Mobilmachungsausschuß 2466 Mk., zusammen 21 105,89 Mk.

Ferner für

Kaiser- und Volksdank für Heer und Flotte, Weihnachtsgabe des Deutschen Volkes 1917:

Durch Kreiskommunalkasse bezw. Sparkasse Striegau 3000 Mk., Waldenburg 10 000 Mk., Brieg 1000 Mk., Trebnitz 5000 Mk., Oppeln 5000 Mk., Steinau 2000 Mk., Reichenbach i. Schl. 5000 Mk., Habelschwerdt 8461 Mk., Strehlen 3000 Mk., Schweidnitz 5895,95 Mk., Neumarkt 300 Mk., Hindenburg 10 000 Mk., Neurode 8591,20 Mk., Glatz 3000,10 Mk., Tost-Gleiwitz 10 000 Mk., Strehlen 2000 Mk., Neustadt 10 000 Mk., Pleß 5000 Mk., Neisse 3000 Mk., Gr.-Strehlitz 7500 Mk., Rosenberg 3000 Mk., Breslau-Land 15 565,21 Mk., Schweidnitz 195,95 Mk., Zentralhilfsfonds der Stadt Kattowitz 3000 Mk., Stadt Brieg 2500 Mk., Glatz 1866,94 Mk., Ratibor 4000 Mk., Stadthauptkasse Gleiwitz 10 000 Mk., Durch Kommerz.-Rat Fernbach, Bunzlau, Ergebnis des dortigen Kreises 4645,69 Mk. Durch Stadthauptkasse Beuthen 5000 Mk. Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-Aktien-Gesellschaft Friedenshütte 3000 Mk. Firma Nawack u. Grünfeld, A.-G. zu Charlottenburg 1000 Mk. Großkaufmann Max Böhm in Beuthen OS. 1000 Mk. Aktien-Gesellschaft für Schlesische Leinenindustrie vormals C. G. Kramsta u. Söhne 20 000 Mk. Durch Vaterländischen Frauenverein Steinau 2000 Mk., Laurahütte 100 Mk., Marklissa 300 Mk. Kreis- und Vaterländischer Frauenverein Lublinitz 700 Mk., Schweidnitz 300 Mk. Zusammen 185 922,14 Mk. 8726

Ferner für

Weihnachten für Lazarette des Kriegsschauplatzes 1917.

Vaterl. Frauenverein Borsigwerk-Biskupitz 150 Mk., desgleichen Schurgast 100 Mk., Trebnitz 1000 Mk., Derschau 31 Mk., Reibnitz 126,80 Mk., Reichenbach 300 Mk., Strehlen 1000 Mk., Tarnau OS. 160 Mk., Lauban 100 Mk., Wünschelburg 30 Mk., Kurow 300 Mk., Schönau-Katzbach 600 Mk., Wohlau 300 Mk., Pleß 800 Mk., Alt-Budkowitz 150 Mk., Poppelau 210 Mk., Dembio 440,05 Mk. + 78 Mk., + 52,50 Mk. = 570,55 Mk., Frankenstein 191,80 Mk., Friedland OS. 50 Mk., Murow 100 Mk., Neumarkt 1000 Mk., Niesky OS. 300 Mk., Frankenstein 262,60 Mk., Landeck in Schl. 192 Mk., Breslau-Stadt 3000 Mk., Sprottau 200 Mk., Zawadzie-Bogutschütz 100 Mk., Proskau 500 Mk., Dembiohammer 100 Mk., Bad Flinsberg 200 Mk., Rosenberg 500 Mk., Groschowitz, 244,50 Mk., Beuthen OS. 200 Mk., Oppeln 1610,85 Mk., Groß-Strehlitz 1000 Mk., Kgl. Neudorf, Kr. Oppeln, 208 Mk., Rybnitau 300 Mk., Zauchwitz 50 Mk., Waldenburg 1500 Mk., Frankenstein 208,15 Mk., Chroschütz 140 Mk., Lublinitz 700 Mk., Grünberg 1000 Mk., Groß-Wartenberg 364,10 Mk., Neumarkt, 1500 Mk., Chrzeszinna, Kr. Oppeln, 200 Mk., Oppeln 5 Mk. Hindenburg 600 Mk., Czarnowanz 140 Mk., Landeshut 650,35 Mk., Mittelwalde 50 Mk., Michalkowitz 720,61 Mk., Tost OS. 428 Mk., Emmagrube 300 Mk., Primkenau 70 Mk., Langenöls 100 Mk., Muskau OL. 3000 Mk., Hoyerswerda 300 Mk., Frankenstein 205,75 Mk., Beuthen OS.-Land 2000 Mk., Ohlau 2232,23 Mk., Kattowitz-Stadt 1000 Mk., Beerberg, Eckersdorf, Steinkirch 160 Mk., Hohndorf 30 Mk., Habelschwerdt 125 Mk., Goldberg-Haynau 981,56 Mk., Ratibor 1000 Mk., Frau Pawlowski, Oberförsterei Zbitzko b. Oppeln, 95 Mk., Frau Stahl, Königl. Dombrowka, 170,50 Mk., Frau Forstmeister Lusig, Gradschütz 117,15 Mk., Rob. Köhler, Ludwigsburg i. Württemberg, 40 Mk., Kreisausschuß Neisse 3000 Mk., Kreisverein vom Roten Kreuz Hindenburg 400 Mk., Weihnachten für Lazarette, Bunzlau, 1217,49 Mk., Kreiskommunalkasse Rybnik 6000 Mk., Fürstlich Pleßische Rentkasse Schoebitz 166 Mk., zusammen 67 639,24 Mk.

Allen hochherzigen Gebern danke ich herzlichst.

Breslau, den 14. Dezember 1917. 8731

Der Oberpräsident
als Territorialdelegierter der freiwilligen
Krankenpflege in der Provinz Schlesien.